

Nahrstedt, Wolfgang; Hey, Bernd; Faßbender, Renate; Grümme, Walburga; Mohr, Sabine; Stehr, Ilona; Vormbrock-Reinert, Annette; Forschungsteam Self

Selbstorganisierte Freizeitkultur. Ein Förderungsmodell

Dortmund : ILS 1986, 53 S. - (Kurzberichte zur Landes- und Stadtentwicklungsforschung; 86,3)



Quellenangabe/ Reference:

Nahrstedt, Wolfgang; Hey, Bernd; Faßbender, Renate; Grümme, Walburga; Mohr, Sabine; Stehr, Ilona; Vormbrock-Reinert, Annette; Forschungsteam Self: Selbstorganisierte Freizeitkultur. Ein Förderungsmodell. Dortmund : ILS 1986, 53 S. - (Kurzberichte zur Landes- und Stadtentwicklungsforschung; 86,3) - URN: urn:nbn:de:01111-pedocs-306171 - DOI: 10.25656/01:30617

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:01111-pedocs-306171>

<https://doi.org/10.25656/01:30617>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft



KURZBERICHTE

zur Landes- und Stadtentwicklungsforschung

Selbstorganisierte Freizeitkultur

- Ein Förderungsmodell -

ils

Herausgegeben vom Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung

des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS)

3/86

B H
1037

Die Kurzberichte zur Landes- und Stadtentwicklungsforschung enthalten Kurzfassungen von Forschungsvorhaben, Ergebnisberichte kleinerer Forschungsprojekte und Abhandlungen zu ausgewählten Fragen der Landesentwicklung, der Stadtentwicklung, des Städtebaus und Wohnungswesens, soweit sie für das Land Nordrhein-Westfalen von Bedeutung sind.

Sie können auch erste Problemeinstiege in bestimmte Themenbereiche umfassen, die noch nicht in allen Belangen abgesichert sind und Werkstattcharakter haben.

Der vorliegende Bericht faßt den praxisrelevanten Teil des Abschlußberichtes des Forschungsvorhabens „Selbstorganisierte Freizeitkultur im Wohnumfeld“ zusammen. Der Gesamtbericht liegt dem Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr vor und wird in der Schriftenreihe Landes- und Stadtentwicklungsforschung in der Reihe 5 „Freizeit“, Band 5.004, veröffentlicht. Im Rahmen der Kurzberichte zur Landes- und Stadtentwicklungsforschung erscheint als weitere Kurzfassung 4/86 mit dem Titel „Selbstorganisierte Freizeitkultur - Zur Entwicklung eines neuen politischen Aufgabenbereichs“.

Für die Möglichkeit der Veröffentlichung unserer Forschungsergebnisse danken wir insbesondere Herrn Peter Lampe, der uns auch während der zweieinhalbjährigen Forschungszeit unterstützt hat sowie Herrn Dr. Wolfgang Roters.

Das Forschungsteam SELF

© ILS Dortmund 1986

Herausgeber: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung
des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS)
Königswall 38 - 40, 4600 Dortmund 1
Telefon (02 03) 18 12 - 0

Entwurf und Bearbeitung
der Abbildungen: ILS - Kartographie

Gesamtherstellung: ILS Dortmund

Vertrieb: waz-druck Vertrieb und Verlag
Am Burgacker, 4100 Duisburg 1
Telefon (02 03) 29 50 60

Schutzgebühr: DM 6,-

Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

ISBN 3-8176-9386-9



Forschungsteam Self:
Wolfgang Nahrstedt
Bernd Hey
Renate Faßbender
Walburga Grümmel
Sabine Mohr
Ilona Stehr
Annette Vormbrock-Reinert

Redaktionelle
Endbearbeitung:
Ilona Stehr

Selbstorganisierte Freizeitkultur

- Ein Förderungsmodell -

Inhaltsverzeichnis

0	Vorbemerkung	5
1.	Forschungsaufgabe	6
2.	Forschungsansatz und Untersuchungsgegenstand	6
3.	These	10
4.	Begründung	10
5.	Von der Soziokultur zur Freizeitkultur	10
	5.1 Soziokultur	11
	5.2 Freizeitkultur	11
	5.3 Freizeitkultur als Dimension des Gesellschaftsumbaus ..	12
6.	Die neue Selbstorganisation	15
	6.1 Begriffsstufen	15
	6.2 Pervertierung	15
	6.3 Dynamisches Prinzip	16
7.	Förderung	17
	7.1 Förderung von Selbstorganisation - ein Widerspruch? ...	17
	7.2 Kritik der Förderungspraxis	19
	7.3 Entwicklung des Förderungsmodells	23
	7.4 Initiativenentwicklung und Förderung	27
	7.5 Förderungsarten und Förderungsmaßnahmen	43
	7.6 Förderungsaufgaben	47
	7.7 Zusammenfassung und notwendige Veränderungen	48
8.	Literatur	51

Vorwort

Massenarbeitslosigkeit, vor allem die schmal gewordenen Zugänge der jungen Generation zum Erwerbsleben, haben unser Verständnis von Freizeit verändert. Freizeit ohne Begrenzung wird nicht mehr als positiv, sondern als unfreiwillig erlebt.

In dieser gesellschaftlichen Situation haben sich soziale Innovationen entwickelt, in denen drei Tätigkeitsformen ineinander fließen, nämlich gewerbliche Arbeit, Kulturarbeit und Sozialarbeit.

Für die Bundesrepublik Deutschland werden zwischen 11.000 und 18.000 selbstorganisierte Projekte im „alternativen Sektor“ mit 80.000 bis 140.000 Mitgliedern geschätzt. Darunter sind „professionelle Projekte“, reine „Freizeitprojekte“ und „duale Projekte“ mit Elementen aus alternativer Ökonomie, Sozial- und Umweltengagement sowie Kulturarbeit.

Bei allen Unterschieden hinsichtlich des Verständnisses und der Praxis von „sozio-kultureller Arbeit“ in den einzelnen Gruppen ist ihnen das Prinzip der Selbstorganisation gemeinsam. In diesem Prinzip kommt die Skepsis gegenüber einer Gesellschaft zum Ausdruck, die grundsätzlich Arbeitszeit und Freizeit voneinander trennen will, aber nicht mehr allen die Chance gibt, überhaupt Arbeit zu haben.

Eine der zentralen ökonomischen Verteilungsgrundfragen unserer Gesellschaft ist die, wieviele Erwerbstätige wieviele Nicht-Erwerbstätige alimentieren. Daß andere Beschäftigungsquoten möglich sind als die in der Bundesrepublik zur Zeit erreichte, belegen internationale Vergleiche.

Diskutiert werden also muß eine breitere Verteilung des gesellschaftlich notwendigen Arbeitsvolumens und eine entsprechend breitere Verteilung des jeweiligen Sozialproduktes. Dabei werden zusätzliche Arbeitsplätze, insbesondere bei sozial wünschenswerten Dienstleistungen, geschaffen werden können, sowohl im privaten wie im öffentlichen Bereich.

Das von den Autoren der vorliegenden Studie verfaßte Förderungsmodell erfordert eine verteilungspolitische Strategie, die auf zusätzliche Arbeitsplätze bei öffentlichen Dienstleistungen - hier im sozio-kulturellen Bereich - abzielt und in Verbindung mit kürzerer Arbeitszeit und entsprechend breiterer Einkommensverteilung Chancen der Realisierung besitzt. Es kommt also darauf an, diese übergreifenden verteilungspolitischen Notwendigkeiten zu verdeutlichen. Erst in diesem größeren Zusammenhang rechtfertigt sich die Frage, in welchen Bereichen und in welchem Umfang öffentliche Dienstleistungen sinnvoll und notwendig sind, eine Frage, die sich für die Freizeit- und Kulturarbeit nicht anders stellt als für die Sport-, Theater- oder Museumsförderung.

Im Rahmen seiner Möglichkeiten hat das Land Nordrhein-Westfalen für selbstorganisierte Freizeitkultur im Wohnungsfeld einen im nationalen Vergleich einmaligen fördernden Rahmen entwickelt, innerhalb dessen sich soziale Innovationen entfalten können.

Das Land hat seit 1980 rd. 2 Mrd. DM für Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnungsfeldes bereitgestellt. Damit hat das Land konzentriert damit begonnen, die städtebaulichen Grundlagen dafür zu legen, daß die Stadt auch unter dem Gesichtspunkt der Freizeitkultur den Ansprüchen ihrer Bewohner gerecht werden kann.

Ergänzend kommen spezifische freizeitbezogene bauliche Einrichtungen hinzu. Sozio-kulturelle Zentren gehören zu den drei Grundtypen von Begegnungsstätten, die das Land aus Stadterneuerungsmitteln fördert. Bezuschußt werden der Grunderwerb, die Freilegung und Baureifmachung von Geländen, der Erwerb, der Umbau und die Errichtung von Gebäuden sowie die Ersteinrichtung. Von 1980 bis 1985 wurden insgesamt rd. 140 örtliche Begegnungsstätten mit etwa 85 Mio. DM gefördert.

Etwa 20 sozio-kulturelle Einrichtungen wurden seit 1980 mit Stadterneuerungsmitteln von insgesamt rd. 25 Mio. DM gefördert.

Ein drittes Element der Förderung, nämlich das der personenbezogenen Förderung von Freizeitaktivitäten, rundet das Förderungsspektrum ab. Es werden Planungskosten für die Planung und Gestaltung von Stadterneuerungsmaßnahmen im Wohnumfeld auch unter dem Gesichtspunkt gefördert, daß hier im Grunde genommen die Vorbereitung praktischer Sozialarbeit zu leisten ist. Der Kultusminister des Landes fördert darüber hinaus im Rahmen seiner projektbezogenen allgemeinen Kulturförderung durch Pauschalzuweisungen auch sozio-kulturelle Zentren. Verteilt werden die Mittel über die „Landesarbeitsgemeinschaft sozio-kulturelle Zentren“.

Mit der Gründung einer „gemeinnützigen Gesellschaft zur Information und Beratung örtlicher Beschäftigungsinitiativen und Selbsthilfegruppen mbH (G. I. B.)“ geht das Land überdies einen neuen konzeptionellen Weg, wo es um die Förderung örtlicher Beschäftigungsinitiativen geht. Die G. I. B. wird als landeseigene Beratungsgesellschaft für örtliche Beschäftigungsinitiativen und Selbsthilfegruppen in Nordrhein-Westfalen Weiterbildungsangebote für Mitarbeiter in derartigen Initiativen entwickeln und umsetzen, Gutachten und Stellungnahmen im Zusammenhang mit der Beantragung öffentlicher Mittel erstellen und die Landesregierung bei der Entwicklung und Umsetzung arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Programme beraten.

Die Autoren der Arbeit haben anhand einer Vielzahl von Initiativen soziale Innovationen beschrieben, Probleme aufgezeigt, Hilfen verdeutlicht und das Zusammenwirken von Land, Kommunen und selbstorganisierten Gruppen dokumentiert.

Mein Wunsch ist es, daß das Forschungsergebnis von einer interessierten Öffentlichkeit in doppelter Richtung diskutiert wird:

In möglichst vielen Städten des Landes soll sich selbstorganisierte Freizeitkultur im engen Zusammenwirken vor allen Dingen derer entfalten können, die vor Ort Verantwortung tragen und engagiert sind. Dazu soll der vorliegende Bericht eine Hilfeleistung bieten.

Weitergehend aber muß zugleich der Prozeß der gesellschaftlichen Verständigung darüber intensiviert werden, wie es uns gelingt, die notwendigen übergreifenden verteilungspolitischen Entscheidungen über Arbeit, Freizeit und Einkommen zu treffen.



Christoph Zöpel
Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
des Landes Nordrhein-Westfalen

0. Vorbemerkung

Freizeitpolitische Maßnahmen

Die freizeitpolitischen Maßnahmen zur Wohnumfeldverbesserung haben sich im ersten Schritt auf die Schaffung der infrastrukturellen Voraussetzungen für die Entwicklung von Freizeitkultur im Wohnumfeld konzentriert. Dazu gehörten u. a. die Rückgewinnung des Straßenraumes, die Nutzbarmachung von Frei- und Grünflächen, das Anlegen von Mietergärten, die Schaffung wohnungsnaher Erholungsmöglichkeiten, die Einrichtung von Treffpunktmöglichkeiten für formelle und informelle Gruppen (vgl. 1. Freizeitbericht 1983).

Erweiterung der freizeitpolitischen Maßnahmen

In einem weiteren Schritt muß es nun darum gehen, die verbesserten Freizeitbedingungen im Wohnumfeld bedürfnisorientiert nutzbar zu machen. Dazu ist es notwendig, Bürgergruppen im Prozeß der Selbstorganisation bei der Realisierung freizeitkultureller Interessen angemessen zu unterstützen. Mit dieser Erweiterung freizeitpolitischer Maßnahmen über Strukturverbesserungen hinaus könnten langfristig soziale Kontakte und Kommunikation, Eigeninitiative und Eigenverantwortlichkeit sowie eine umfassende Bürgerbeteiligung geschaffen bzw. gesichert werden. Damit könnte zugleich einer neuen demokratischen Entwicklung Rechnung getragen werden, die es zu sichern und zu stärken gilt. Die Forderung nach Unterstützung von spontanen und informellen Gruppen ist bereits im 1. Freizeitbericht des Ministers für Landes- und Stadtentwicklung NRW erhoben worden, hat jedoch noch keine konkrete Ausformung erhalten.

Teilziel der Forschung: Förderungsmodell

Die Erarbeitung eines Förderungsmodells für selbstorganisierte Initiativen, war Teil des Forschungsvorhabens (FV) „Selbstorganisierte Freizeitkultur im Wohnumfeld“ (SelF), das von 1983 - 1985 vom Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes NRW gefördert wurde. Unter der Leitung von Prof. Dr. Wolfgang Nahrstedt und PD Dr. Bernd Hey arbeiteten bis zu 26 Pädagogen an der Universität Bielefeld, Fakultät für Pädagogik, AG 10: Freizeitpädagogik und Kulturarbeit, im Forschungsvorhaben mit. Darüberhinaus haben insgesamt 31 Initiativen, Projekte und Vereine am Forschungsprozeß mitgewirkt.

1. Forschungsaufgabe

Neue Aufgaben für Freizeitpolitik

Der „1. Freizeitbericht“ der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen (1983) geht davon aus, daß in Zukunft die Bedeutung der Freizeit zunehmen wird. Durch Arbeitslosigkeit, Arbeitszeitverkürzung sowie Verlängerung der Lebenserwartung entstehen zusätzliche Aufgaben. Die Förderung selbstorganisierter Freizeitkultur im Wohnumfeld wird daher wichtig. Freizeitpolitik hat Sorge zu tragen, „die wohnungsnahen Freizeitmöglichkeiten zu verbessern“ und „in der Freizeit Unterstützung für spontane Aktivitäten und informelle Gruppen“ zu gewähren.

Unterstützung von Bürgergruppen

Das FV verfolgte die Aufgabe, Modelle der Wohnumfeldverbesserung durch Bewohneraktivierung (Animative Wohnumfeldverbesserung) beispielhaft am Raum Bielefeld zu untersuchen sowie Freizeitprojekte praktisch selbst zu entwickeln und über Handlungsforschung zu evaluieren. Dabei wurden insbesondere optimale Formen der „Unterstützung für spontane Aktivitäten und informelle Gruppen“ analysiert und auf ihre Übertragbarkeit hin überprüft. Bürgerinitiativen und Administration haben danach gemeinsam neue Aufgaben zu tragen, die sich sowohl auf die Lösung gegenwärtiger Freizeitprobleme als auch auf die Entwicklung von Lebensqualität in einer freizeitorientierteren Arbeitsgesellschaft beziehen.

Ein neuer Typ von Bürgerinitiativen

31 selbstorganisierte Freizeitprojekte aus dem Raum Bielefeld wurden im Hinblick auf Bedeutung und Förderungsbedarf selbstorganisierter Freizeitkultur im Wohnumfeld im Forschungszeitraum untersucht. Diese Freizeitprojekte sind fast alle nach 1980 entstanden. Sie kennzeichnen einen neuen Typ von Bürgerinitiativen, der die neuen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in der ersten Hälfte der 80er Jahre produktiv zu verarbeiten sucht. Verlängerte Freizeit (38,5-Stunden-Woche), hohe Arbeitslosigkeit als „unfreiwillige“ Freizeit (über 2 Mio. Arbeitslose) und (vorgeblich) leere Haushaltskassen der Kommunen gehören zu diesen Rahmenbedingungen.

Ausgangspunkt, Grundlage, Perspektive

Für die untersuchten selbstorganisierten Freizeitprojekte bietet Freizeitkultur einen Ausgangspunkt. Selbstorganisation eine Grundlage und neue Professionalität eine Perspektive. Das Neue sind weniger die inhaltlichen Ideen als die Formen einer breiten freizeitkulturellen Umsetzung. Die inhaltlichen Ideen entstammen häufig bereits der Soziokulturbewegung der 70er Jahre (z. B. Spielmobil, Lehrpfad, Bürgerzentrum). Neu ist jedoch die Einfügung in die Freizeitkultur des Wohnumfeldes, die Demokratisierung des Anspruchs auf Freizeitkultur zu einem Recht für alle. Neu ist damit auch, daß sich Selbstorganisation und neue Professionalität in den Dienst der Durchsetzung dieses Rechts auf Freizeitkultur für alle stellen. Denn nur mit politischer, administrativer und pädagogischer Unterstützung bleibt dieses Recht realisierbar.

2. Forschungsansatz und Untersuchungsgegenstand

Handlungsforschung

Das Forschungsvorhaben wurde nach dem Konzept der Handlungsforschung entwickelt. In den Forschungsprozeß wurden Initiatoren und Mitarbeiter von solchen Freizeitprojekten einbezogen, die in Selbstorganisation wohnungsnaher Freizeitkultur in Bielefeld entwickeln. Aufgrund der unterschiedlichen Dauer und Intensität der Mitwirkung am Forschungsvorhaben unterscheiden wir „integrierte Kernprojekte“ und „assoziierte Projekte“ (Abb. 1 und 2). Die regionale Übersicht (Abb. 3) gibt Auskunft über die räumliche Verteilung der untersuchten Freizeitprojekte. Dabei ist eine deutliche Konzentration auf das Zentrum von Bielefeld festzustellen.

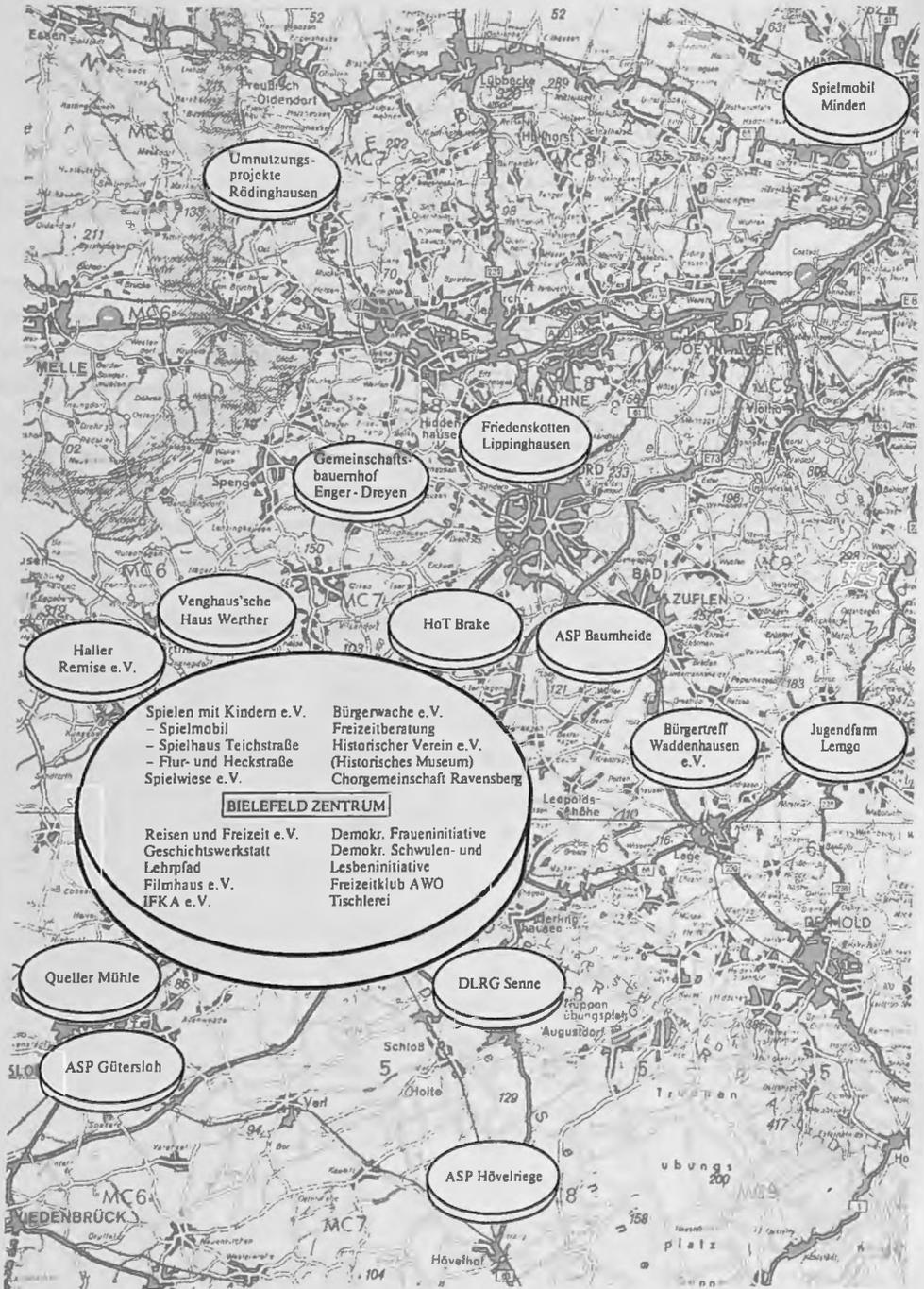
**Abbildung 1:
Integrierte Kernprojekte
und Dauer ihrer Mitarbeit
im FV Self**

Projektbezeichnung	1983 (I. 7.)	1984	1985
1. Spielen mit Kindern e.V. (Spielmobil)			
2. Spielen mit Kindern e.V. (Spielhaus Teichstraße)			
3. Spielen mit Kindern e.V. (Flur- und Heckstraße)			
4. Spielwiese e.V.			
5. Reisen und Freizeit mit jungen Leuten e.V.			
6. Geschichtswerkstatt			
7. Lehrpfad			
8. Offene Kinderarbeit im Wohnumfeld - ASP Hóvelriege -			
9. Filmhaus e.V.			
10. Institut für Freizeitwissenschaft und Kulturarbeit e.V.			
11. Queller Mühle			
12. Haller Remise e.V.			
13. Bürgerreff Waddenhausen e.V.			
14. Freizeitberatung			
15. Tischlerei			
16. Bürgerwache e.V.			
17. Gemeinschaftsbauernhof e.V.			

**Abbildung 2:
Assoziierte Projekte
und Dauer ihrer Mitarbeit
im FV Self**

Projektbezeichnung	1983 (I. 7.)	1984	1985
18. Historischer Verein: Historisches Museum	•	•	•
19. ASP Baumheide Bielefeld	•	•	•
20. ASP Gütersloh	•	•	•
21. Spielmobil Minden	•	•	•
22. Jugendfarm Lemgo	•	•	•
23. HOT Brake	•	•	•
24. Friedenskotten Lippinghausen e.V.		•	
25. Demokratische Fraueninitiative		•	
26. Demokratische Schwulen- und Lesbeninitiative		•	
27. Chorgemeinschaft Ravensberg		•	•
28. Freizeitclub der AWO		•	•
29. Freizeitclub DLRG		•	
30. Umnutzungsprojekte Ródinghausen		•	
31. Venghaus'sche Haus Werther		•	

Abbildung 3: Regionale Übersicht der untersuchten integrierten und assoziierten Projekte



Mitarbeiter im Forschungsvorhaben

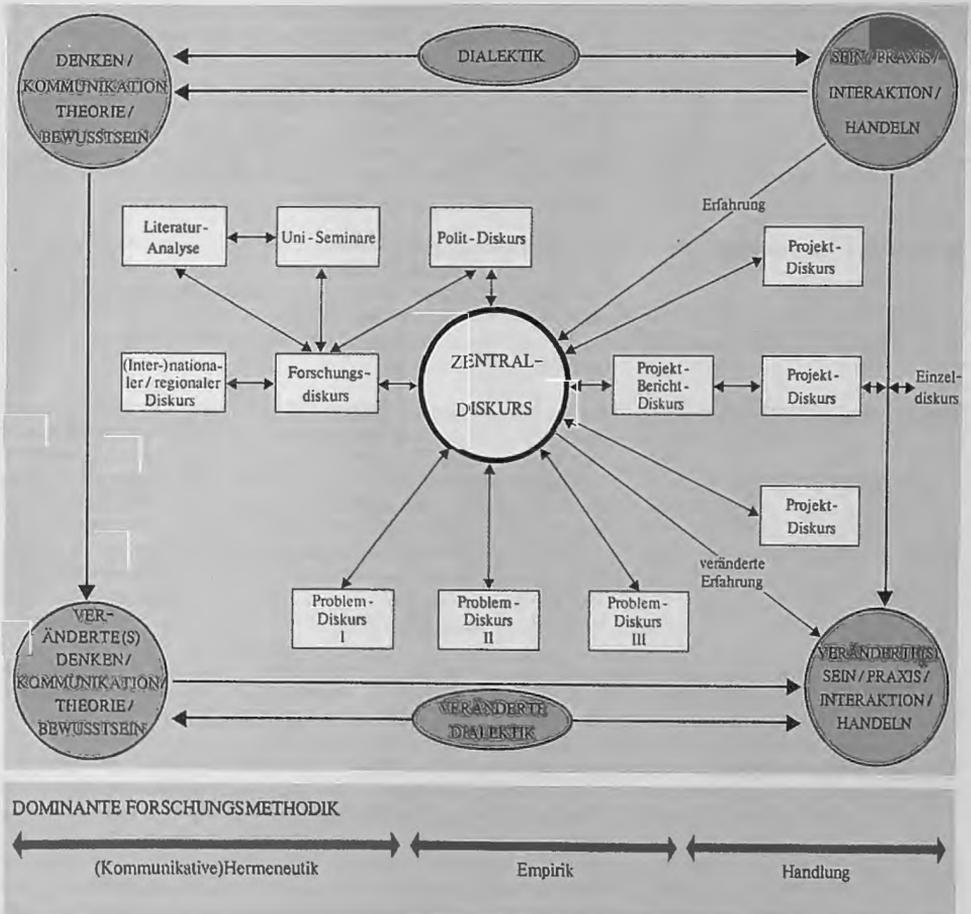
Nach dem Konzept der Handlungsforschung waren fast alle Mitarbeiter des Forschungsvorhabens (wissenschaftliche Mitarbeiter, studentische Hilfskräfte sowie Werkvertragsnehmer) auch Mitarbeiter in untersuchten Freizeitprojekten. Sie waren zugleich „Forscher“ und „Praktiker“, „Wissenschaftler“ und „Politiker“, „Erziehungswissenschaftler“ und „Freizeitpädagogen“.

Forschungsinstrumente

Forschungsinstrumente waren vor allem innovatives Handeln, Projektbericht und Diskurs. Der Diskurs stellte sowohl das Bindeglied als auch die notwendige Reflexionsbasis im Spannungsfeld zwischen Theorie und Praxis dar. Ziel war es, durch innovatives Denken und innovatives Handeln in der freizeitskulturellen Praxis zu provozieren sowie innovative Handlung zu reflektieren und damit Theorie weiter zu entwickeln. Instrument zur Intensivierung der Praxisreflexion waren Projektberichte. Partiiell unterstützt wurde die Forschungsarbeit durch Interviews und Fragebogenerhebung. Forschungsmethodisch wurde der Handlungsforschungsansatz über die Erprobung eines Diskursystems (siehe Abb. 4) mehrerer miteinander vernetzter Einzeldiskurse weiterentwickelt (Zentraldiskurs, Forschungsdiskurs, Politdiskurs, Projektdiskurs usw.). Die Verbindungsmöglichkeit von „kommunikativer Hermeneutik“ und „narrativer Empirik“ mit „innovativem Handeln“ wurde erprobt.

Abbildung 4:

Diskurs-System 1985



3. These

**Freizeit
als wichtige Gestaltungsaufgabe**

Es wird von der These ausgegangen, daß in den 80er Jahren Freizeit in verstärktem Maße Ausgangspunkt und „Freizeitkultur“ Gegenstand von Selbstorganisation wird. Freizeit in gewerkschaftlich erkämpfter Form (z. B. 38,5-Stunden-Woche) wie in „unfreiwilliger“ erzwungener Form (über 2 Mio. Arbeitslose) wird zu einer zunehmend wichtigen gesellschaftlichen Gestaltungsaufgabe, aber auch zu einem gesellschaftlichen Entwicklungspotential und bedarf daher der Unterstützung durch freizeitpolitische Maßnahmen.

Selbstorganisierte Freizeitkultur

Der Begriff „Freizeitkultur“ signalisiert dafür einen neuen Zugang zur „Kultur“ wie zur „Freizeit“, eröffnet einen neuen Blickwinkel für Gesellschaft, wobei Selbstorganisation zu einem wichtigen Faktor für diese Gestaltungsaufgabe wird. Die (Weiter-)Entwicklung von Freizeitkultur über Selbstorganisation kann dabei in einem engen Zusammenhang gesehen werden mit der These vom gegenwärtigen Umbau in eine freizeitorientierte(re) Arbeitsgesellschaft. Selbstorganisierte Freizeitkultur könnte dazu einen Beitrag leisten.

4. Begründung

**Selbstorganisierte Projekte
in der Bundesrepublik**

Für die gesamte Bundesrepublik Deutschland und Berlin werden zwischen 11.500 bis zu 18.000 selbstorganisierte Projekte im „alternativen Sektor“ mit 80.000 bis 136.000 Mitgliedern geschätzt (Berger u. a., 1985, S. 28). Das entspräche einem Anteil an der (erwachsenen) Bevölkerung von rd. einem viertel Prozent. Diese quantitativ geringe Zahl sagt jedoch kaum etwas aus über die tatsächliche gesellschaftliche Bedeutung von selbstorganisierten Gruppen, die weit über den Anteil der Mitglieder hinausgehen dürfte. Nach einer Modellrechnung werden zumindest ein Viertel der Einwohner im Raum Bielefeld mindestens jährlich einmal durch diese Gruppen erreicht.

Hauptanteil: Freizeitprojekte

Neben „professionellen Projekten“ (25 %) und „dualen Projekten“ (35 %) stellen die reinen „Freizeitprojekte“, in denen „alle Mitglieder unentgeltlich ihre Freizeit im Projekt verbringen“, mit 40 % den Hauptanteil (Berger u. a., 1985, S. 26). Der starke Anteil an „unfreiwilliger“ Freizeit dabei bedingt allerdings eine latente Berufsorientierung. Auch selbstorganisierte Freizeitkultur schafft neue Arbeit und neue Arbeitsplätze.

Freizeitinitiativen in NRW

Für Nordrhein-Westfalen werden rd. 1.500 Freizeitinitiativen angenommen (Brombach 1985). Für die Stadt Bielefeld (ca. 300.000 Einwohner) werden rd. 300, für den Raum Bielefeld (ca. 1 Mio. Einwohner) rd. 500 selbstorganisierte Projekte geschätzt. Angenommen wird, daß rd. die Hälfte „Freizeitprojekte“ im Sinne einer Konzentration auf „Freizeitkultur“ als Ausgangspunkt und Gestaltungsaufgabe darstellen. Die übrigen Projekte konzentrieren sich auf Umweltfragen und alternative Ökonomie. Jedoch auch die Freizeitprojekte werden von der ökologischen Fragestellung mitbeeinflusst und sind latent auf Berufsorientierung mit angelegt. 31 dieser Projekte im Raum Bielefeld, d. h. rd. 10 % der „Freizeitprojekte“ aus dem Raum Bielefeld, wurden genauer untersucht.

5. Von der Soziokultur zur Freizeitkultur

Ein neues Kulturverständnis

Die eingangs formulierte These, daß in den 80er Jahren „Freizeitkultur“ Ausgangspunkt und Gegenstand einer neuen Selbstorganisationsbewegung von insbesondere jüngeren Bürgergruppen wird, beinhaltet einen neuen Kulturbegriff. Dieses neue Kulturverständnis wurde in der Bundesrepublik Deutschland Anfang der 70er Jahre entwickelt. Seine bisher gängigste Formulierung hat es als „Kultur für alle“ (Hoffmann, 1979, 1981?) gefunden. Der Prozeß des kulturellen Umdenkens war der Versuch einer kreativen Reaktion auf den beginnenden Umbau der Arbeitsgesell-

schaft. Er versuchte, vom Kulturbereich aus durch Bewußtseinsbildung wie durch praktische Modellentwicklung auf die sich stark wandelnden gesellschaftlichen Bedingungen in Arbeitszeit und Freizeit, auf rationalisierte Produktionsverhältnisse (vgl. Hübner, 1981, S. 42), auf Fehlentwicklungen, auf Umweltzerstörung, Krise der Städte, Widersprüche der Kultur- und Konsumindustrie, individuelle Sinndefizite (vgl. Laufner, 1982) verändernd einzuwirken. Von Wissenschaftlern, Basisgruppen und Gewerkschaften wurde das tradierte bürgerliche Kulturverständnis in Frage gestellt und ein weites Kulturverständnis eingeklagt, welches die Politiker dazu verpflichten sollte, dafür Sorge zu tragen, daß jedem Bürger die Entfaltung gestalterischer und sozialer Kompetenzen im alltagspraktischen Bezug ermöglicht wird.

5.1 Soziokultur

Demokratisierung von Kultur

Der erste sichtbare Erfolg des Ringens um ein erweitertes Kulturverständnis stellt die Prägung des Begriffs „Soziokultur“ dar, durch welchen auf politischer Ebene erstmals der gesellschaftliche Charakter des Kulturprozesses ausdrücklich Anerkennung fand (vgl. die Proklamation zur Demokratisierung von Kultur, z. B. des Deutschen Städtetages, des DGB oder auch auf internationaler Ebene der Unesco). Das neue politische Soziokultur-Konzept - federführend in der Erarbeitung der theoretischen Konzepte für die Bundesrepublik Deutschland waren vor allem kulturpolitische Funktionsträger der SPD, z. B. Hilmar Hoffmann oder Hermann Glaser - zielt vor allem darauf ab, der Mehrheit der Bevölkerung zu ermöglichen, als handelnde Subjekte am sozialen kulturellen Prozeß teilzuhaben und diesen selbstbestimmt und interessenorientiert mitzugestalten.

Reformstrategien

Die unterschiedlichen Reformstrategien lassen sich über „Soziokultur“ hinaus mit folgenden Begriffen verbinden, die sich bereits im allgemeinen Sprachgebrauch durchgesetzt haben:

- Förderung alternativer Kultur, die sich primär als Gegenkultur zur bürgerlich affirmativen Kultur versteht;
- Demokratisierung von Kultur, realisiert durch die Öffnung tradierter institutionalisierter Kultureinrichtungen für breitere Bevölkerungsschichten (Pädagogisierung und z. T. inhaltliche Neubestimmung der Angebote);
- Kulturelle Demokratie, in der die Gleichwertigkeit unterschiedlicher gruppenspezifischer Kulturen anerkannt und dementsprechend gefördert wird.

Diesen positiven Ansätzen auf politischer Ebene, die die Möglichkeit eines Erreichens einer kulturellen Demokratie immerhin denkbar machen, stehen jedoch verstärkt gegenläufige Tendenzen entgegen. Insbesondere sind dies die entscheidenden Kürzungen in den Kulturhaushalten der Länder und Kommunen (vgl. Ismayr, 1984).

5.2 Freizeitkultur

Freizeit zur Entwicklung kultureller Demokratie

Etwa um 1980 beginnt eine neue Entwicklung im kulturellen Bereich. Es wird angenommen, daß die Soziokulturbewegung nun stärker in eine Freizeitkulturbewegung einmündet. Mitgeprägt wird diese neue Bewegung durch gesellschaftliche Krisen und Umbruchstendenzen in eine stärker freizeitorientierte Arbeitsgesellschaft. Erstmals wurde dem Faktor Freizeit eine größere Bedeutung beigemessen und erkannt, daß die Entwicklung kultureller Demokratie wesentlich an Freizeit gebunden ist. Freizeit schafft Raum für eine von Bürgern selbstorganisierte Kultur. Dies kann jedoch nur gelingen, wenn die Möglichkeiten, die Freizeit bietet, auch bewußt und als Lernpotential durch Pädagogik und Politik gefördert werden. Solange Freizeit durch Kapitalinteressen über Werbung und Markt besetzt bleibt, läßt sich Freizeitkultur von der Gesamtbevölkerung nicht entwickeln. Die vorhandenen

gesellschaftlichen Potentiale müssen unterstützt werden, damit die progressiven Ansätze nicht, wie z. B. in der Soziokulturbewegung, auf halbem Wege stehen bleiben und Freizeitkultur tatsächlich von der Gesamtbevölkerung entwickelt werden kann.

Begriff Freizeitkultur

Als „Freizeitkultur“ im engsten Sinne soll die Kultur in der und für die Freizeit bezeichnet werden. „Freizeitkultur“ meint damit den kulturellen Entwicklungsstand (Qualität) von Freizeit und thematisiert damit zugleich den Zeitaspekt, der für die Kulturentwicklung von Anbeginn wichtig war, jedoch lange vernachlässigt wurde. Die Entwicklung von Freizeitkultur hängt nämlich wesentlich vom Zeitquantum ab, das die Gesellschaft ihren Mitgliedern zur Verfügung stellt.

„Freizeitkultur“ im weitesten Sinne soll die Gesamtheit der Kultur unter dem Aspekt von Freizeit und ihrer Bedeutung bezeichnen. In diesem weiten Sinne wird Freizeitarbeit als gesellschaftliche Arbeit neu diskutierbar. Im gesellschaftlichen Kontext entwickelt sich „Freizeitkultur“ heute zwischen Impulsen des neuen Kapitals über neue Technologien und kritischen Impulsen aus der alten und neuen sozialen Bewegung. „Freizeitkultur“ ist so nicht per se bereits ein Synonym für Emanzipation. Heute ist zwischen einer entfremdeten und einer emanzipierten Form von Freizeitkultur zu unterscheiden. Entfremdete Formen von Freizeitkultur entstehen über ein einseitiges Kapitalinteresse an Freizeit. Selbstorganisierte Freizeitkultur beansprucht demgegenüber, zur Schaffung emanzipierter Freizeitkultur beizutragen.

Zielperspektive

Durch Freizeitkultur erhält Freizeit sinngebende und kreative Elemente, die der Selbstverwirklichung und Emanzipation dienen. Freizeitkultur knüpft dabei durchaus an das Konzept der Soziokultur und seine Zielperspektive an. Darüber hinaus stellt die von schwerpunktartig untersuchte selbstorganisierte Freizeitkultur Beispiele einer qualitativen Ausformung von Freizeitkultur, in denen die Elemente Selbstverwirklichung, Kreativität aber auch Demokratie und Verantwortlichkeit ausgeprägt erscheinen. Freizeitkultur erhält damit individuelle wie gesellschaftliche Zielfunktionen, d. h. selbstorganisierte Freizeitkultur löst nicht nur das Recht auf Selbstverwirklichung ein, sondern regt den Bürger an zur aktiven Teilhabe an der Gestaltung seiner Umwelt und damit auch an der Gesellschaft. Selbstorganisierte Freizeitkultur soll damit verstanden werden als Basis und Mittel für eine neue Lebensorientierung im umfassenden Sinne. Darin enthalten sind sowohl neue Formen sinngebender Arbeit als auch eine neue Muße.

Praxis selbstorganisierter Freizeitkultur

In der Praxis konkretisiert sich selbstorganisierte Freizeitkultur durch Bürgergruppen, die Freizeitkultur in Selbsthilfe, Eigenverantwortung und Eigenarbeit entwickeln. Darunter werden alle Initiativen zusammengefaßt, die im öffentlichen Raum eine Verbesserung der Lebensqualität für die Freizeit (die eigene und/oder die anderer) in der Regel aus der Freizeit (bzw. gesellschaftlich disponibler Zeit) selbst heraus anstreben. Freizeitkultur geht von konkreten Bedürfnissen, Fähigkeiten und Möglichkeiten aus und bezieht die gesamte Art und Weise des menschlichen Zusammenlebens (soweit es sich außerhalb des Betriebs abspielt) mit ein.

5.3 Freizeitkultur als Dimension des Gesellschaftsumbaus

Gegenwärtig wird die Frage diskutiert, in welchem Maße die „Krise der Arbeitsgesellschaft“ Ausdruck eines tiefgreifenden gesellschaftlichen Umbruchs etwa zu einer „post-modernen nachindustriellen Gesellschaft“ ist oder nur eine erneute Anpassungsschwierigkeit an sich verändernde Strukturen der Industriegesellschaft darstellt. In jedem Fall scheint deutlich, daß die gesellschaftliche Zeitstruktur sich zunehmend in Richtung auf stärkere Disponibilität und größere Freiräume hin verändert. Zumindest im Bereich der Zeitstruktur zeichnet sich ein bereits lange vorbereiteter Umbau ab. Es wird angenommen, daß selbstorganisierte Freizeitkultur in entscheidendem Maße zur Bewältigung gesellschaftlicher Probleme beitragen kann.

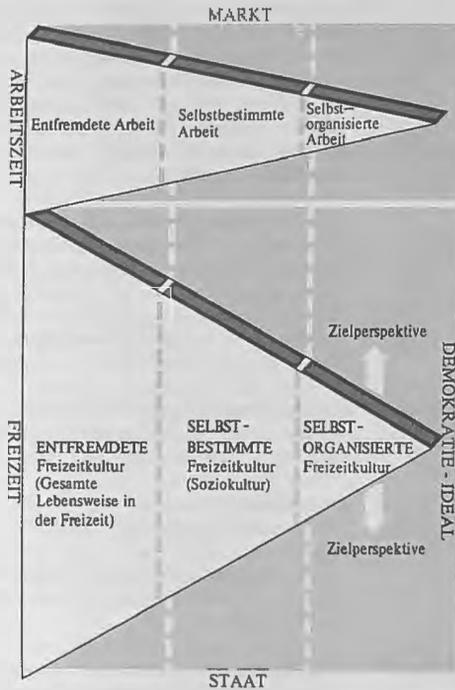
Funktion von Bürgerinitiativen

In der von Brandt konstatierten „Ratlosigkeit“ gegenüber der Krise (Brandt u. a., 1984, S. 11) übernehmen Bürgerinitiativen eine wichtige Funktion. Sie werden selbst ein Faktor, den Charakter der augenblicklichen Situation, die „Tiefe“ des

„Umbruchs“ und mögliche Richtungen einer gesellschaftlichen Weiterentwicklung zu erkunden. Sie signalisieren die Not der „Krise“, sie suchen aber auch als eine Art Überlebensstrategie aus der Not eine Tugend zu machen: Sie erkunden Neuland, treiben den Umbauprozess mehr oder minder bewußt voran, testen die Möglichkeit, gesellschaftliche Aufgaben stärker durch Selbstorganisation, Partizipation, Mitbestimmung, Eigenarbeit und Bürgersinn zu lösen. Sie suchen die Grenze zwischen Markt und Staat, Ehrenamt und Beruf, zwischen Bürger und Experte, zwischen Demokratisierung und Professionalisierung für eine veränderte Gesellschaftsformation neu zu bestimmen. Sie werden allerdings auch Opfer neuer Ausbeutung durch Markt und Staat. Zur Veranschaulichung dieses Phänomens dient das folgende Schaubild:

Abbildung 5:

Von der entfremdeten zur emanzipierten Freizeitkultur



Diese Abbildung verweist jedoch nicht nur auf die jeweiligen Interessengruppen (Bürger, Staat, Markt), die maßgeblich auf die inhaltliche Gestaltung der Kultur in der Freizeit Einfluß nehmen, sondern sie erlaubt gleichzeitig, die ursprünglich große Spannbreite des Begriffs Freizeitkultur nach inhaltlichen Kriterien zu differenzieren.

Begriffspräzisierung

Aus dieser problemorientierten Einführung wird eine weitere inhaltliche Präzisierung des Begriffs „selbstorganisierte Freizeitkultur“ möglich. Der noch neue Begriff Freizeitkultur impliziert, daß aus der Freizeit heraus konkrete Schritte möglich sind, den Problemen unserer Gesellschaft konstruktiv zu begegnen. Daher ist Freizeitkultur keineswegs mit gesellschaftlichem Fortschritt im Hinblick auf mehr Mündigkeit und mehr Demokratie gleichzusetzen.

Das handelnde Subjekt

Erst das handelnde kreative Subjekt (also das Gesellschaftsmitglied) entscheidet letztlich, ob die spezifischen Möglichkeiten, die Freizeitkultur für die Realisierung von mehr Lebensqualität bereithält, genutzt werden oder nicht. „Selbstorganisierte

Freizeitkultur“ - als Ausdrucksform kulturell emanzipativer Tätigkeit von Bürgern - ist eine der entscheidenden innovativen Kräfte innerhalb unserer Gesellschaft, deren Aktivitätsradius alle Gesellschaftsbereiche einschließt.

Die neue Freitarbeit

Die Zukunft der Arbeit wird im informellen Sektor gesichtet, aber nicht nur als „Schattenwirtschaft“ bzw. „Gegenökonomie“, sondern weit darüber hinaus bis in den kulturellen und politischen Bereich hinein. Die Gewinnung dieses neuen Typs selbstorganisierter Arbeit wie aber auch von neuer Muße wird oft im Rahmen eines dualistischen Ansatzes diskutiert (Gorz; Huber). Die Reduktion formeller Lohnarbeit ermöglicht danach informelle Freitarbeit und Mußgestaltung in der Freizeit. Diese Theorien stützen damit die These, daß der gesellschaftliche Umbau durch selbstorganisierte Freizeitkultur mitgestaltet werden kann.

Arbeit und Muße

Während der formelle Lohnarbeitssektor weiterhin für die Produktion der preiswerten Massengüter sorgt, kann nach diesem theoretischen Ansatz im informellen Freizeitbereich eine neue Lebensstruktur entstehen, die aus einem selbstorganisierten Arbeitsbereich und einem neuentwickelten Mußbereich bestehen könnte. Praktisch wird dies in einer demokratischen, d. h. alle Gesellschaftsgruppen voll mit einbeziehenden Form, aber nur möglich, wenn derartige Ansätze, wie sie sich beispielsweise im freizeitskulturellen Bereich als selbstorganisierte Freizeitkultur durch Bürgerinitiativen entwickeln, Unterstützung und Förderung durch Freizeitpolitik und Freizeitpädagogik erhalten.

Freizeitkultur - keine reine Mußkultur

An dieser Stelle soll einmal explizit festgestellt werden, daß Freizeitkultur keine reine Mußkultur in Distanz zur Arbeitswelt meint, sondern gerade die Parzellierung des Tages in Arbeits- und Freizeit aufzuheben versucht, indem sie beide Lebensbereiche wieder in sich vereint. Arbeit als gesellschaftlich integrierte Tätigkeit im Rahmen von Freizeitkultur bleibt eine wichtige Kategorie, gewinnt aber, da sie aus der Freizeit heraus entsteht, eine andere neue Qualität in Richtung auf mehr Selbstbestimmung und Kreativität für alle Gesellschaftsmitglieder.

Dimensionen des Gesellschaftsumbaus

Aus der Literatur lassen sich mindestens drei Dimensionen erschließen, in denen der Umbau erfolgt und in denen sich Elemente einer nachindustriellen freizeitorientierten Arbeitsgesellschaft bzw. einer Arbeitszeit-Freizeit-Gesellschaft zeigen:

- Neue Technologien
- Ökologie
- Freizeitkultur.

Schwerpunktmäßig repräsentiert die neue Technologie die Richtung, Ökologie die Grenzen, Freizeitkultur aber die Lebensqualität bzw. Lebensweise für den gesellschaftlichen Umbau.

Neue Technologie

Neue Technologie bezeichnet den Hauptweg des Kapitals, sich neu zu investieren und eine weitere Mehrwertbildung über Produktion zu sichern. In dieser Dimension erscheint auch die konservative Perspektive für eine Zukunft der Arbeit über neue Arbeitsplätze im Bereich der Mikroelektronik, Mikrobiologie und Atomenergie (z. B. Schaff, 1985).

Ökologie

Ökologie bezeichnet die Dimension, in der einerseits immer stärker die „Grenzen des Wachstums“ des kapitalistischen Wegs im Umbau der Arbeitsgesellschaft in den Bereichen der natürlichen wie sozialen Umwelt verdeutlicht und bekämpft werden, in der andererseits aber auch nach weiterführenden Alternativen gesucht wird mit alternativer Technologie, einer alternativen Ökonomie und alternativer Soziokultur. Auch die ökologische Dimension wird in starkem Maße freizeitwirksam, da sie stark in der Freizeit ansetzt und aus der Freizeit der Bürger heraus entwickelt wird. Sie führt damit zugleich neue Ziele, Inhalte und Lebensformen für die Freizeit ein. Ein neuer Freizeitbegriff wird dadurch sichtbar, der sich stärker an gesellschaftlichen Problemen und an neuer gesellschaftlicher Arbeit und nicht nur an Erholung, Unterhaltung, Konsum und Reproduktion orientiert. Diesen erweiterten Freizeitbegriff suchen Modelle selbstverwalteter Freizeitkultur aufzugreifen.

Freizeitkultur

Freizeitkultur bezeichnet die dritte Dimension des gesellschaftlichen Umbaus. Sie stellt ebenso eine vermittelnde Dimension zwischen Industriegesellschaft und nachindustrieller Gesellschaft dar, wie zwischen neuer Technologie und Ökologie. Selbstorganisierte Freizeitkultur wird in diesem Zusammenhang zu einem Anspruch für nicht-entfremdete Freizeit. Damit wird selbstorganisierte Freizeitkultur zu einem Faktor, der über die demokratische Qualität der nachindustriellen Gesellschaft mitentscheidet.

Entwicklungsrichtungen

Um 1970 hat der Begriff „Selbstorganisation“ zunächst seine theoretische und praktische Wirksamkeit im Bereich der Soziokultur entfaltet. Bis zum Ende der 70er Jahre zeichnen sich drei Entwicklungsrichtungen ab:

- Selbstorganisation als eine neue Organisationsform von Soziokultur (Kinderläden, Jugendzentrumsbewegung, Kommunikationszentrumsbewegung usw.) (vgl. Nahrstedt, 1978).
- Selbstorganisation als neue ökonomische Organisationsform für alternative Betriebe und eine alternative Ökonomie bis hin zum Modell der Dualwirtschaft (vgl. Gorz, 1979; Huber, 1979; Guggenberger, 1980; Badelt, 1982; Berger u. a., 1985).
- Selbstorganisation als Grundlage für ein neues basisdemokratisches Politikkonzept (vgl. Guggenberger, 1980; Spretnak, 1985).

6.1 Begriffsstufen

Im Zuge der gesellschaftlichen Ausweitung der Bedeutung von Selbstorganisation ist seit 1967 auch eine expansive theoretische Ausformulierung des Begriffs Selbstorganisation erfolgt. Ende der 70er Jahre lassen sich so drei Stufen im Begriff unterscheiden:

Organisationsform

- Im engsten Sinn meint Selbstorganisation die Organisationsform soziokultureller Projekte. Überschaubare Bürgergruppen organisieren (zunächst) aus eigener Kraft eine Bürgerinitiative zur Entwicklung von Freizeitkultur im überschaubaren räumlichen Bereich, meist im Wohnumfeld.

Anspruch auf demokratische Gesellschaft

- Im weiteren Sinn formuliert Selbstorganisation den Anspruch auf eine demokratische Gesellschaft mit einer demokratischen Wirtschaft, demokratisierter Politik und kultureller Demokratie.

Universales Paradigma

- Im weitesten Sinn wurde Selbstorganisation auch als ein neues universales Paradigma für die Naturwissenschaft beansprucht, bis hin zu der Idee einer „Selbstorganisation des Universums“ (Jantsch, 1979; Capra, 1983; Ferguson, 1983; Berman, 1984).

6.2 Pervertierung

Ende der 70er Jahre wird ebenfalls deutlich, daß im Begriff Selbstorganisation auch bereits neue Gefahren und Tendenzen einer neuen Entfremdung angelegt sind:

Ausbeutung

- Selbstorganisation wird auch ein neuer ökonomisch ausgebeuteter Wert, so als Erprobung neuer Märkte durch „Alternativökonomie“, für die „Multis“ als Abdrängen der Gewerkschaftsförderung nach der 35-Stunden-Woche durch „flexible“ Arbeitszeit.

Verschleierung

- Selbstorganisation wird von Politikern und Administratoren in Zeiten leerer Kassen zur Verschleierung eigener Untätigkeit. Vortäuschung neuer Spielräume, Verführung zur „Selbstausschöpfung“, Abdrängung von Kernfragen zugelassen, und scheinbar gefördert, um Erfolge später als eigene umzumünzen oder Selbstorganisation auf Langfrist zu stellen und damit zu torpedieren.

Eigennutz

- Selbstorganisation wird als „Wert“ gefeiert von Institutionen des kulturellen Lebens (Tagungsstätten, Hochschulen) zum Nutzen der eigenen Professionalisierung, Finanzierung und zur Überdeckung des eigentlichen Inhaltsdefizits.

6.3 Dynamisches Prinzip

Organisationsprinzip von Bürgergruppen

Selbstorganisation wird in diesem Zusammenhang verstanden als ein dynamisches Organisationsprinzip von Bürgergruppen zur Entwicklung von Freizeitkultur. Selbstorganisation ist ein „Organisationsprinzip“, weil die konkrete Umsetzung ein Ziel ist, dessen Erreichen an die Überwindung einer Vielzahl von äußeren Widerständen gebunden ist; häufig auch nur ansatzweise gelingt, oft auch scheitert. Selbstorganisation ist ein „dynamisches“ Prinzip, weil es sich in der Realisierung verändern kann und sich erst im Prozeß selbst genauer bestimmt.

Merkmale selbstorganisierter Bürgergruppen

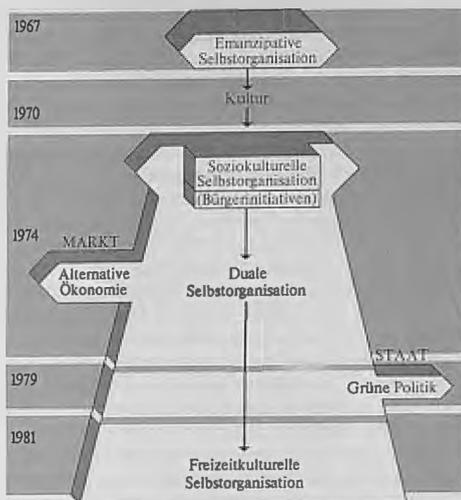
Dennoch lassen sich bestimmte Merkmale genauer bezeichnen, die empirisch im Zusammenhang mit den untersuchten Freizeitprojekten sich als bedeutsam erweisen: Selbstorganisierte Bürgergruppen im Sinne der Untersuchung

- setzen in der Freizeit der Betroffenen an und zielen auf die Entwicklung von (soziokultureller) Freizeitkultur für den eigenen Lebenszusammenhang;
- sind damit vorrangig bedürfnis- und nutzerorientiert, nicht jedoch profitorientiert;
- entwickeln über den konkreten Freizeitansatz einen Bezug zu übergreifenden gesellschaftspolitischen Zielsetzungen wie Selbstbestimmung, Emanzipation, Demokratie, Freiheit, Chancengleichheit, Solidarität;
- streben eine räumliche und personelle Überschaubarkeit an, setzen damit vor allem in Nachbarschaft und Wohnumfeld an, entwickeln aber auch Zentren im Stadtkern sowie in Nachbargemeinden;
- zeigen eine antibürokratische Tendenz und suchen nach kommunikativen Problemlösungen auf möglichst informellen Wegen;
- streben eine direkte Mitwirkungsmöglichkeit für ihren eigenen Lebenszusammenhang an;
- entwickeln den Dienstleistungssektor über ehrenamtliche Arbeit, die jedoch eine Professionalisierungsperspektive aus sich entwickeln und Professionalität in sich einbinden kann. Selbstorganisierte Freizeitinitiativen können so an der Entwicklung neuer Arbeit und neuer Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich mitwirken;
- dienen häufig zur Initiierung und „Animation“ in „blind areas“ für einen Prozeß, der bis zur Etablierung und Differenzierung neuer Modelle von Freizeitkultur führen kann;
- dienen damit als Motor für eine Demokratisierung und Veralltägigung von Freizeitkultur;
- dienen sowohl der Selbsthilfe, der altruistischen Hilfe anderer wie der gegenseitigen „mutual help“ (Badelt, 1980);
- dienen damit der Lösung gesellschaftlicher Aufgaben im Umbruch zu einer freizeitorientierten Arbeitsgesellschaft und bedürfen dafür öffentlicher Förderung.

Die bisherige Entwicklung des neuen Begriffs der Selbstorganisation ließe sich schematisch damit folgendermaßen skizzieren:

Abbildung 6:

Entwicklung des Begriffs Selbstorganisation



7. Förderung

7.1 Förderung von Selbstorganisation - ein Widerspruch?

Die Frage, ob Selbstorganisation öffentlich gefördert werden darf oder gar sollte/müßte, wird in den Rathäusern und Rathausfraktionen bereits seit Ende der 60er Jahre diskutiert. Mit Entstehen der ersten Bürgerinitiativen im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise 1966/67 und der Studentenbewegung erhob sich auch rasch der Ruf nach öffentlicher Unterstützung. Damit wurden die etablierten politischen Kräfte vor das Problem gestellt, ihre eigene Alternative aus öffentlichen Mitteln zu stärken. Inzwischen haben sich auf der praktischen Ebene viele Förderungsmodelle entwickelt. Aus der Totalkonfrontation zwischen Selbstorganisation und öffentlicher Hand haben sich von beiden Seiten her Bemühungen um stärkere Kooperation und damit auch um eine bessere öffentliche Förderung von Selbstorganisation herausgebildet.

Selbstorganisation zur Einsparung staatlicher Leistungen

Diese Bemühungen um stärkere Kooperation stehen jedoch auch heute noch im Widerspruch zum deutlich gestiegenen staatlichen Interesse an Selbsthilfe und Selbstorganisation aus dem Wunsch des konsequenten Einsparens staatlicher Leistungen. „Weil kein politischer Wille vorhanden ist, die mit mächtigen Lobbies ausgestatteten milliardenschweren Bereiche etwa der Rüstung, der Staatssicherheit oder bestimmter Wirtschaftssubventionen anzutasten, besteht die Tendenz, im weniger lobbyistisch gestützten Sozialbereich öffentliche Mittel einzusparen und durch kostenlose oder billigere Selbsthilfe zu ersetzen. So schwankt staatliches Handeln häufig zwischen Zuckerbrot und Peitsche, zwischen Förderung und Disziplinierung selbstorganisierter Projekte, und es ist jeweils eine Frage der politischen Kräfteverhältnisse, welche Tendenz gerade obsiegt“ (Bischoff/Damm, 1985, Seite 15ff). Es bleibt festzuhalten, daß „mit öffentlicher Förderung immer zwei Zielvorstellungen intendiert sind“ (. . .), die Hoffnung, daß „bestimmte Leistungen billiger bzw. besser erbracht werden als durch den öffentlichen Träger“ und daß „die Tätigkeit von Selbstorganisation gelenkt bzw. kontrolliert werden kann“ (Badelt, 1980, S. 135).

Problem: Förderung

Das bisher praktisch wie theoretisch nicht gelöste Problem dabei ist, wie eine Förderung so organisiert werden kann, daß das Ziel von Selbstorganisation nicht korrumpiert wird, sondern im Gegenteil stärker als bisher innovativ in die Gesellschaft hineinwirken und damit auch auf die politische Struktur zurückwirken kann. In der Literatur finden sich dazu einige interessante Ansätze:

Theoretische Grundlagen für Förderung

Christoph Badelt entwickelte 1980 bereits erste theoretische Grundlagen für ein Förderungsmodell. Darin versucht er zunächst, den Widerspruch zwischen Förderung und Selbstorganisation zu klären. Badelt unterscheidet zwischen dem Kernbereich und dem Schalenbereich, dem Innen- und Außenbereich des Selbst. Zum Kernbereich gehören Begriffe wie „Selbstbestimmung“, „Entscheidung“ und „Tätigkeit“. Selbstorganisation meint im Kern, daß eine Gruppe selbst über ihre Tätigkeit entscheiden kann. Zum Schalenbereich gehören „Unterstützung von außen“, „politische Variablen“, „materielle und immaterielle Bedingungen“, die für die Bedingungen des Kernbereichs dienlich sind und ihn sichern. Förderung von Selbstorganisation liegt vor, wenn der Kernbereich gesichert und der Außenbereich dem Kernbereich verfügbar gemacht werden kann. Hinsichtlich der äußeren Bedingungen von Selbstorganisation unterscheidet Badelt zwei Ebenen:

- die Förderung der subjektischen Bereitschaft zur Selbstorganisation, die Verbesserung der objektiven Möglichkeiten für Selbstorganisation.
- Förderung kann sich also nicht nur auf objektive, sondern muß sich auch auf subjektive Bedingungen beziehen. Förderung von Selbstorganisation bedarf damit politisch-administrativer (objektiver) und pädagogischer (subjektiver) Strategien. Die pädagogischen Strategien richten sich auf Bewußtseinsbildung und Veränderung von Einstellungen, die politisch-administrativen Strategien auf konkrete Maßnahmen. Badelt kommt zu der Erkenntnis, daß eine Strategie zur Selbstorganisation in zweifacher Hinsicht doppelgleisig sein muß: Sie setzt gleichermaßen den Einsatz von engagierten Bürgern wie den der Politiker voraus. Sie muß ebenso auf nationaler Ebene, im Sinne einer globalen Politik gegenüber dem dritten Sektor, wie auf ganz dezentraler Ebene im Verhältnis zwischen konkreter Gruppe und einzelnen Beamten formuliert und realisiert werden (vgl. Badelt, 1980, 270ff).

Politikkonzept der komplementären Vernetzung

Eine gesellschaftspolitische Einordnung der Förderungsproblematik von Selbstorganisation versuchten 1982 Heinze/Olk. Sie plädierten für ein Politikkonzept der komplementären Vernetzung. „Bestandteil einer Strategie der komplementären Vernetzung wäre eine bewußte Förderung und Unterstützung des informellen Sektors durch den Staat.“ (S. 26). Ihre Forderungen an ein heute angemessenes Politikkonzept sind:

- die Qualität der Selbstorganisation
- die materielle Absicherung der Selbstorganisation
- die Transformationsstrategie zur Erweiterung des Handlungsrahmens und ihre politische Unterstützung.

Praktisches Modellkonzept

Ein relativ entwickeltes praktisches Modellkonzept zur Förderung von Selbsthilfe und Alternativprojekten im Sozial- und Gesundheitsbereich ist von Hertel/Tiedt 1984 vorgelegt worden. Nach ihrer Analyse der gegenwärtigen sozialen wie wirtschaftlichen Krisen (neue Armut, Senkung sozialer Leistungen, keine Arbeitsplatzgarantie, soziale und pädagogische Fachkräfte ohne Beschäftigungsaussichten etc.) und einer allgemeinen Beschreibung alternativer Projektarbeit, stellen sie schwerpunktmäßig den Förderungsbedarf von Selbsthilfe- und Alternativprojekten auf. Sie sprechen von vier Bedarfselementen:

Förderungsbedarf

1. Schaffung oder Stärkung materieller Ressourcen,
2. fachliche und sachliche Beratung in den Entwicklungsprozessen,
3. Beratung, Förderung und Starthilfe bei der Schaffung sozialer Arbeitsplätze,
4. Weitergabe von Erkenntnissen und Ergebnissen.

Der Förderungsbedarf zielt auf die „Stärkung der innovativen, dezentralen Funktion von Selbsthilfe- und Alternativprojekten (. . .)“, wobei sie unter Stärkung die „Unterstützung und Stabilisierung“ verstehen (Hertel/Tiedt, 1984, S. 15). In ihrem Modellkonzept gehen sie von einer rigorosen Trennung der materiellen und der

immateriellen Förderung aus, die nicht mit Geldfragen verbunden ist (auch nicht personell und organisatorisch) und sprechen von einer „geldfreien Förderzone“, die gerade in Entstehungsprozessen von Alternativprojekten entscheidende Hilfestellung bietet (durch Erfahrungsaustausch und Experten).

Orientierungshilfen notwendig

Die hier kurz vorgestellten Theorieansätze zeigen vor allem die Notwendigkeit der politischen Unterstützung von Selbstorganisation. Deutlich wird auch, daß neben materieller Förderung nicht-materielle Hilfen wie z. B. Beratung und Erfahrungsaustausch wichtig sind. Förderung von Selbstorganisation stellt im Rahmen eines progressiven Politikkonzepts grundsätzlich keinen Widerspruch dar. Sie fördert die Entwicklung von Demokratie und ermöglicht selbstbestimmte Bürgermitwirkung bei der Lösung gesellschaftlicher Aufgaben. Förderung von Selbstorganisation trägt jedoch auch immer die Gefahr neuer Fremdbestimmung in sich. Um dieser Gefahr zu begegnen, aber auch um Orientierungshilfen für politisch-administrative Entscheidungsträger zu geben, ist die Entwicklung konkreter Kriterien sowie entsprechender Förderungsmaßnahmen erforderlich.

7.2 Kritik der Förderungspraxis

Die Organisation der Förderung selbstorganisierter Freizeitkultur stellt ein Problem dar für die Betroffenen (Gruppen, Initiativen, Projekte, Vereine) wie für die Förderer (Bund, Land, Kommune) mit ihren Einzelämtern, Dachverbänden, Stiftungen, Banken und Sparkassen und anderen Institutionen. Die einen treten mit neuen Ideen, Inhalten, Zielen und einem geschärften Bewußtsein gegenüber dem Althergebrachten in die Öffentlichkeit, die anderen fürchten Fehlentscheidungen bei der Vergabe öffentlicher Mittel und die anschließende Rechtfertigung. Die einen versuchen, dem freizeitkulturellen Bereich mehr Lebensqualität und Vielfalt zu geben, die anderen sehen die öffentliche Ordnung durch spontane (oder auch geplante) Aktionen gefährdet. Die einen wollen Aktion, Kommunikation und Interaktion, die anderen Anträge, Genehmigungen und Kontrolle. Diese Schwarz-Weiß-Malerei stimmt zwar nicht ganz, denn es gibt zahlreiche Beispiele, bei denen die Kooperation zwischen Bürger und Administration gelungen ist; dennoch stellt sich öffentliche Förderung für viele Gruppen, Initiativen und Vereine als eine schwierige Angelegenheit dar, die aufgrund ihrer Kompliziertheit und Komplexität oft nicht angegangen wird. Bei der Untersuchung der o. g. Initiativen, Projekte und Vereine konnten folgende Hauptschwierigkeiten im Hinblick auf Förderung festgestellt werden. Da die von uns untersuchten Projekte, Initiativen und Vereine vorwiegend regional tätig sind, liegen die meisten Erfahrungen zur Erlangung von Förderung im kommunalen Bereich. Daher werden sich die Kritikpunkte auch wesentlich auf die Kommune beziehen.

Handhabung von Gesetzen, Richtlinien und Verordnungen

In dem Moment, wenn Bürger mit der Planung von öffentlichen Aktionen beginnen, werden sie mit der Kontrolle durch Ämter und Behörden konfrontiert. Dabei ist es ohne Belang, ob es sich um ein Nachbarschafts-, Straßen- oder Kinderfest handelt, an dem vielleicht nur 50 Personen teilnehmen, oder ob das Münchner Oktoberfest für mehrere Millionen Besucher geplant wird. Die Auflagen, die die Organisatoren zu erfüllen haben, sind fast gleich. Polizei, Ordnungsamt, Feuerwehr, Gesundheitsamt etc. können Aktionen, auch wenn sie noch so klein sind, verhindern. Hier wird eine größere Toleranz seitens der Behörden gegenüber dem Bürger zu entwickeln sein. Es wäre sinnvoll, im Hinblick auf den Einzelfall über Auflagen zu entscheiden. Denn selbstorganisierte Freizeit im Wohnumfeld kann sich nur entfalten, wenn es gelingt, die Schwelle zwischen Privatsphäre und Öffentlichkeit so niedrig wie möglich zu halten. Behördliche Zwänge verbauen Bürgern nicht nur den Weg in die Öffentlichkeit, sie vergrößern zusätzlich die Distanz des Bürgers zur Verwaltung. Verwaltung muß sich jedoch stärker als Dienstleistung in einer dienenden Funktion gegenüber dem Bürger neu verstehen.

Bürgerfreundlichkeit tut not

Eine bürgerfreundliche Handhabung von Gesetzen wäre z. B. der gegenwärtigen Veränderung der Bedürfnisstruktur in Richtung auf mehr selbstorganisierte Freizeitkultur und Lebensqualität angemessen. In dieser Hinsicht müßte auch die Rückgewinnung

öffentlicher Straßen und Plätze durch die Bürger von der Administration erleichtert werden.

Beispiel

Als Beispiel für einen „langen Weg durch die Institutionen“ steht hier der vom SELF-Forschungsteam organisierte Aktionstag im Ravensberger Park mit dem Ziel, die Möglichkeit einer freizeitskulturellen Neunutzung der leerstehenden alten Tischlerei, Schlosserei und Sheddachhalle zu verdeutlichen. Insgesamt waren etwa 10 Ämter am Genehmigungsprozeß beteiligt, von dem jedes das Vorhaben bei Nichterfüllung der Auflagen hätte verhindern können. Im Zusammenhang mit einer angemesseneren bürgerfreundlichen Handhabung von Vorschriften tritt in jüngster Zeit ein steuerrechtliches Problem im Hinblick auf den Betrieb einer Kneipe oder eines Cafés innerhalb von soziokulturellen Zentren auf. Einerseits wird die Kneipe als Wirtschaftsbetrieb geführt und wirft Gewinne ab, müßte dafür wie jede andere Kneipe besteuert werden. Andererseits fließt der Gewinn nicht in die Tasche des „Kneipers“, sondern in einen gemeinnützigen Verein, der das soziokulturelle Zentrum betreibt und es darüber am Leben erhält. Da jedoch noch keine Ausnahmeregelung geschaffen ist, liegt es im Ermessensspielraum des zuständigen Finanzamtes, über Steuer oder „Nicht“-Steuer zu befinden. Auch hier wäre eine bürgerfreundliche Lösung angebracht.

Es fehlt der kommunale Ansprechpartner

Der Informationsmangel im Hinblick auf Förderung im weitesten Sinne ist insbesondere darauf zurückzuführen, daß es in der Kommune keine Ansprechpartner gibt, die hinreichend über die bestehenden Möglichkeiten informieren. In mühsamer Kleinarbeit müssen Informationen gesammelt werden, die erst sehr spät ein konkretes Bild ergeben. Unter einem umfassenden Informationsdefizit leiden vor allem neue Initiativen und solche mit einem kleinen Mitarbeiterstamm. Ihr Interesse besteht in erster Linie an der praktischen Arbeit. Die „Erkundung der Förderungstöpfe“ erfordert eine große Beharrlichkeit und viel Engagement. Nicht jede Initiative kann (oder will) diesen Einsatz aufbringen. Von seiten der Kommune wird auch versucht, die Bewerberzahl auf Förderung möglichst gering zu halten.

Konkurrenz der Initiativen

Die Geförderten selbst gehen mit ihren Informationen über Förderungsmöglichkeiten ebenfalls sparsam um, denn dadurch könnte sich unter Umständen ihr eigener Anteil verkleinern. Dadurch wird die Konkurrenz der Initiativen untereinander verstärkt und Solidarität verhindert. Da es sich bei den „Förderungstöpfen“ um öffentliche Gelder handelt, wäre eine Kommune verpflichtet, ihre Bürger besser und einfacher über Existenz, Zweck und Vergabekriterien für diese „Förderungstöpfe“ zu informieren. Der Entscheidungsprozeß über die Verteilung müßte bürgernäher, initiativennäher, basisdemokratischer. z. B. über ein von den Initiativen entwickeltes Netzwerk erfolgen. Nur so könnte sichergestellt werden, daß auch junge und kleine Initiativen in den Genuß von Förderung kommen. Für sie kann Förderung z. B. „nur“ die Ermöglichung des Drucks von Handzetteln bedeuten.

Ungeklärte Zuständigkeiten kommunaler Ämter

Da eine Zuständigkeit für Freizeitkultur, insbesondere selbstorganisierte Freizeitkultur, noch nicht im System von Kommune, Land und Bund institutionalisiert ist, wird oft nicht klar, wer von wem gefördert werden kann (oder auch nicht). Das Zuständigkeitsproblem tritt insbesondere dann auf, wenn sich die Initiative Themen und Zielgruppen zuwendet, die „amtlich“ noch nicht verortet sind. Initiativen für Kinderkulturarbeit können sich in der Regel an das Jugendamt wenden. An wen jedoch wenden sich z. B. Initiativen, die sich auf die Verbesserung der Lebensqualität für die Gesamtbevölkerung konzentrieren und generationsübergreifende Angebote machen wollen?

Bedeutung von Freizeitpolitik

Diese Zuständigkeiten könnten geklärt werden, wenn die Kommune der Freizeitpolitik eine größere Bedeutung beimessen und sie als solche benennen und administrativ besetzen würde.

Ein Freizeitamt

Konkret hieße dies entweder die Ausweitung der Einzelämter um entsprechende Abteilungen mit breiter angelegten freizeitspolitischen Förderungskonzepten, oder die Schaffung eines Freizeitamtes, in dem sich Initiativen beraten lassen können, aber

das auch über Räume und Sachmittel verfügt, sowie über finanzielle Mittel, die in einem sachkundigen und bürgernahen demokratischen Netzwerk-Verfahren verteilt werden. An der Zuständigkeitsproblematik wird die Reformbedürftigkeit bisheriger Förderungskonzepte deutlich, die in den 70er Jahren die Unterstützung spezieller Gruppen, wie z. B. der Kinder und Jugendlichen, der Alten und Behinderten, zum Ziel hatten.

Unverständliche Gesetzestexte

Ein großes Problem der Initiativen, das sich immer wieder neu stellt, ist der Umgang mit Gesetzen, Richtlinien, Verfügungen und Verordnungen. Sie sind für den „Normalbürger“ oft so unverständlich, daß er diese nicht in dem Maße für sich verwenden kann, wie es vielleicht möglich wäre. Hinzu kommt, daß diese Gesetze, Richtlinien usw. einen so breiten Interpretationsrahmen bieten, daß die Initiative keinen Rechtsanspruch daraus ableiten kann, der Entscheidungsträger aber den Spielraum festlegt und so Prioritäten setzt. Das kann sowohl positiv als auch negativ für die Initiative sein. So liegt die Entscheidung, ob eine Initiative gefördert wird, nicht selten an dem zuständigen Sachbearbeiter. Zufälle spielen dabei auch eine Rolle. Es wäre also wünschenswert, wenn es gelingen würde, Gesetzestexte so populär zu machen, daß sie dem Bürger tatsächlich eine Hilfe sind. Förderung bedeutet nämlich auch, rechtliche Zusammenhänge durchschaubar zu machen. Dabei müßte für selbstorganisierte Freizeitprojekte ein deutlicher Anspruch aus diesen Texten ableitbar sein. Die Interpretation dieser Texte durch die Entscheidungsträger müßte schließlich bürgernah und initiativenfreundlich erfolgen.

Langfristige Planung und Mittelkürzungen

Initiativen wollen in der Praxis Ideen umsetzen und das möglichst unverzüglich. Dafür brauchen sie häufig sofort Unterstützung. Meist ist die Arbeit von Initiativen auch nicht im voraus zu planen, da sie auf Anforderung von Betroffenen kommen. Initiativenarbeit unterscheidet sich oft gerade durch ihre kurzfristige Einsatzbereitschaft von den üblichen geplanten, strukturierten und fest terminierten Kursangeboten etablierter Institutionen. So ist es häufig zwecklos, Förderung zu beantragen, da die Vergabe von Zuschüssen auf langfristige Planung mit erwarteter Teilnehmerzahl, genauem Ort und Dauer angelegt ist.

Beispiel

So kann beispielsweise der Verein „Spielwiese“ obwohl er nach § 9 JWG anerkannt ist, nicht in den Genuß von Förderung kommen, da die entsprechenden Anträge mit genauen Angaben bis Ende März dem Jugendamt vorliegen müssen. Erst im Laufe des Jahres werden jedoch auf Anfragen Spielaktionen z. B. in Schulen, Heimen, Freizeistätten organisiert. 40 % aller Teilnehmer an diesen Aktionen waren 1984 Kinder. An diesem Beispiel zeigt sich, daß bisher praktikable Zuschußwege nicht mehr greifen. Darüber hinaus ist es insbesondere für neue Vereine und Initiativen aufgrund der Mittelkürzungen im kulturellen Bereich schwer, überhaupt noch an „Fördertöpfe“ heranzukommen. Ab 1980 wurden die Gelder für Weiterbildung „eingefroren“, d. h., wer bis 1980 Weiterbildungszuschüsse erhielt, bekommt auch weiterhin (wenn auch prozentual gekürzt!) Zuschüsse; maximal jedoch in der Höhe, die für 1980 bewilligt war. Keine Initiativen, keine Vereine etc., die sich nach diesem Termin gegründet haben, haben die Möglichkeit, auch von diesen Zuschüssen zu profitieren. Es ist gleichgültig, mit welcher gesellschaftlichen Frage sich die neuen (nach 1980) Vereine beschäftigen. Sie fallen nach diesen Verordnungen einfach aus der Förderung heraus.

Resignative Kritik

In einer resignativen Kritik haben sich eine Reihe von alternativen Projekten auf einem Treffen in Einschlingen bei Bielefeld (1983) zum Thema „Staatsknete“ dazu entschlossen, keine öffentlichen Mittel mehr zu beantragen. Ihr Mißmut richtete sich einerseits gegen staatliche Kontrolle, die automatisch durch öffentliche Förderung einsetzt und die Selbstorganisation gefährdet, andererseits versuchten sie damit demonstrativ, ihre bisherige Erfolglosigkeit bei der Zuschußvergabe zum Ausdruck zu bringen. Ähnliche Erfahrungen führten in Berlin zur Gründung des „Selbsthilfe Netzwerk Berlin“ e. V., das 1980 durch Spenden und Mitgliedsbeiträge von 4.500 Mitgliedern über eigene Mittel von 45.000 DM monatlich verfügen konnte. Zahlreiche Initiativen wurden mit diesen für Projekte und Aktionen kurzfristig und unbürokratisch unterstützt. 1984 konnte festgestellt werden, daß alle so verteilten Gelder

zweckentsprechend eingesetzt worden sind und viele Initiativen sich zu einem handlungsfähigen Team entwickelt haben. Die Kontrolle der Mittelverwendung war auf ein Minimum begrenzt. Viele Initiativen haben Probleme, ihre Anliegen den Politikern nahezubringen. Gerade im freizeitkulturellen Bereich scheint dies ein besonderes Problem zu sein, da sich diese Arbeit nicht zwangsläufig objektiviert, sondern wesentlich auf Kommunikation und Interaktion gerichtet ist. Ihre Meßbarkeit ist damit - abgesehen von einigen Ausnahmen - kaum möglich (vgl. Agricola/Strang, 1985).

Kriterien für Förderungsgeber und Förderungsnehmer

In diesem Zusammenhang sind auf einer Tagung in Hamburg 1983 Kriterien für Förderungsgeber und Förderungsnehmer herausgearbeitet worden:

- „a) der Gegenstand muß populär sein,
- b) der Gegenstand darf keine öffentlichen Reibungsverluste produzieren oder gar ein Ärgernis darstellen,
- c) der Gegenstand muß einen politisch ausmünzbaren Ertrag bringen,
- d) der Gegenstand muß ressortkonform sein, d. h. er muß den Richtlinien vorhandener „Finanzierungstöpfe“ angepaßt sein,
- e) der Gegenstand muß auch auf informellen Informations- und Entscheidungskanälen transportabel sein.“

Förderungsinstanzen, Stiftungen, Pools, Service-Zentren

Ferner wird darauf hingewiesen, daß „professionell-kompetent kontrollierte und neutralisierende Förderungsinstanzen“ fehlen, ebenso Stiftungen und Pools sowie Service-Zentren (Bereitstellung von Material). Weiterhin wird beanstandet, daß die kommunale Leistungsverwaltung nicht die notwendige Flexibilität und inhaltliche Argumentationsorientierung einer für Kulturaufgaben wünschenswerten Förderungsverwaltung besitzt. „Hinzu kommt, daß sich der Kommunalpolitiker mit dem Problem konfrontiert sieht - und natürlich gilt das auch für die anderen politischen Ebenen -, daß Kulturarbeit (als Breitenkultur) Selbstbewußtsein und kompetente Kritikfähigkeit der Bürger fördert. Sozio-kulturelle Arbeit, die in der Regel auch innovativ und auf sozio-kulturellen Wandel ausgerichtet ist, erscheint somit nicht selten subversiv und provoziert Ängste und Abwehrhaltungen“ (Agricola/Strang, 1985).

Verwaltungsaufwand

Förderung von Initiativen und Vereinen ist mit einem großen Verwaltungsaufwand sowohl für die Förderer als auch für die Förderungsnehmer verbunden. Wenn die Beantragung öffentlicher Mittel in wenigen Fällen noch formlos geschehen kann, so kommt spätestens mit der Abrechnung, d. h. mit dem Verwendungsnachweis, ein erhöhter Verwaltungsaufwand auf die Initiativen und Vereine zu. Geht man davon aus, daß es meist Aufgabe des Geschäftsführers ist, über die Verwendung der Gelder Rechenschaft abzulegen, dieser jedoch in den seltensten Fällen Verwaltungsfachmann ist, so wäre es wünschenswert, diesen Nachweis in eine Form zu bringen, die auch von einem Laien verstanden und ordnungsgemäß ausgefüllt werden kann. Damit würden Mißverständnisse sowie eine lückenhafte Ausführung von vornherein ausgeschlossen.

Es fehlt eine politische Lobby

Das Fehlen einer politischen Lobby wird von den meisten Initiativen als eines der größten Probleme dargestellt. Förderung hängt nicht allein davon ab, wieviele Mittel zur Verfügung stehen, sondern das Ausmaß der Förderung ist in erster Linie eine politische Entscheidung. In der Praxis läßt sich noch ein großes Maß an Skepsis bei Politikern gegenüber Freizeitinitiativen feststellen. Bei der Vielzahl von Initiativen ist z. B. noch nicht absehbar, in welche Richtung sie sich entwickeln werden, welchen konkreten Nutzen sie für das Wohnumfeld erbringen und ob sie zu kontinuierlicher Arbeit imstande sind. Hier stellt sich für die Initiativen das Problem der Außendarstellung.

Lernbedarf bei Initiativen und Förderern

Die Kritik der gegenwärtigen Förderungspraxis aus der Sicht der Initiativen erscheint hier zunächst recht einseitig. Daher soll diese Problematik auch von seiten der Förderer kurz beleuchtet werden. Ebenso wie die Initiativen stehen auch die Förderer unter Legitimations- und Erfolgszwang. Experimente sind, wenn es um die Verteilung öffentlicher Gelder geht - ganz besonders in Zeiten des „knappen Geldes“ -

schwer durchsetzbar. Da freizeitkulturelle Arbeit schwer meßbar und kaum in Zahlen zu fassen ist, fällt es vielen Gruppen schwer, ihre Arbeit augenfällig zu legitimieren und den Anspruch auf Förderung zu begründen.

Überzeugungsarbeit

Es ist die Aufgabe von Initiativen, durch praktische Arbeit und Kontaktsuche zu Politikern Überzeugungsarbeit zu leisten und immer wieder aufs Neue zu versuchen, einen Einblick in die eigene Initiativenarbeit zu geben. Erst durch diese Transparenz kann sich der potentielle Förderer ein Bild von der Initiative machen und sich für die Unterstützung einsetzen. Bei Förderung muß von der Initiative als Gegenleistung ein ordnungsgemäßer Verwendungsnachweis der Mittel erbracht werden. Mit der Annahme von Förderung durch öffentliche Gelder ist die Initiative verpflichtet, über die Ausgaben genau Rechenschaft abzulegen und damit auch die Wirtschaftlichkeit nachzuweisen. An diese Verpflichtung muß sich eine Initiative halten. Erst wenn ausreichend positive Erfahrungen mit Initiativen vorliegen, wird langsam ein Evolutionsprozeß im Bewußtsein und in den eingefahrenen Wegen des politisch-administrativen Systems in Gang kommen. Gleichzeitig sind der Administration Modelle an die Hand zu geben, die es erleichtern, auf neue freizeitkulturelle Bedürfnisse zu reagieren.

7.3 Entwicklung des Förderungsmodells

Förderungskriterien

Ein neuer Förderungsbegriff

Aus der bisherigen Literaturdiskussion sowie aus der Kritik der praktizierten Förderung leitet sich ein neuer Förderungsbegriff ab, dessen Inhalte, bezogen auf die aktuelle Gesellschaftssituation, neu bestimmt werden müssen. Auf dieser Grundlage bedeutet „Förderung“:

- die Verbesserung der Bedingungen von Selbstorganisation zwischen Markt und Staat mit der Tendenz ihrer Ausweitung und Qualitätsverbesserung im Hinblick auf Ziel, Inhalt, Realisierungsgrad, Leistungsfähigkeit;
- die Selbstbeschränkung auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen von Selbstorganisation und die Wahrung der Grenze zum Kern der „Selbst“organisation,
- die Entwicklung von politischen (objektiven) und pädagogischen (subjektiven) Förderungsstrategien von Selbstorganisation und damit eines differenzierten, dem Förderungsziel adäquaten Förderungsinstrumentariums.

Aus den bisherigen Erörterungen sowie aus der Analyse der untersuchten Freizeitprojekte zeichnen sich folgende Kriterien für eine Förderung von Selbstorganisation ab. Förderung hat dort einzusetzen, wo

Kriterien für Förderung

- gesellschaftlich wichtige Aufgaben zu lösen sind,
- die Lösung durch Selbstorganisation der Betroffenen über den „dritten Sektor“ angestrebt wird,
- die Ressourcen der Betroffenen allein die Lösung in Selbstorganisation nicht ermöglichen, die äußeren subjektiven wie objektiven Bedingungen für Selbstorganisation bei den Betroffenen nicht vorhanden sind,
- insbesondere ein Mehr an gesellschaftlich disponibler Zeit aufgrund der Rationalisierung von Berufsarbeit in Form von Freizeit (Arbeitszeitverkürzung), Arbeitslosigkeit, (Vor-) Ruhestand, Verlängerung der Ausbildungszeiten usw. neue gesellschaftliche Aufgaben schafft und Potentiale zur Lösung gesellschaftlicher Aufgaben freisetzt, die jedoch ohne Förderung nicht ausreichen.

Begriff „Förderung“

Das hier zugrundegelegte Verständnis von Förderung beinhaltet damit zugleich eine Theorie gesellschaftlich wichtiger Aufgaben (Förderungsziele), eine Theorie der angestrebten Lösungswege (Selbstorganisation) sowie eine Theorie der Förderungsmitel (Ressourcen). Der Begriff Förderung wird damit in einem umfassenden Sinne gebraucht. Fördern heißt nicht nur Geld zur Verfügung stellen und es bei diesem Beitrag zu belassen, sondern Förderung impliziert auch eine politisch ethische Verantwortung für das Geförderte. Förderung ist nicht nur in Sachwerten meßbar. Ihr Gesamtziel ist Lebensqualität über selbstorganisierte Freizeitkultur“.

Ziel

Hypothese

Entwicklungsstufen und Entwicklungsphasen

Im Untersuchungszeitraum wurde auf der Grundlage kommunikativer Interpretation von 31 Praxisobjekten, die in das Handlungsforschungsvorhaben einbezogen worden sind, ein Förderungsmodell für selbstorganisierte Gruppen aus der Hypothese heraus entwickelt, daß selbstorganisierte Gruppen (Bürgerinitiativen, Freizeitprojekte usw.) vergleichbare Entwicklungsstufen und -phasen durchlaufen, in denen jeweils spezifische Förderungsmaßnahmen erforderlich werden. Treten diese Förderungsmaßnahmen nicht ein, stirbt die selbstorganisierte Gruppe ab oder nimmt einen ungünstigen Entwicklungsverlauf. Bestandteil der Hypothese war dabei die Annahme, daß in jeder Entwicklungsstufe idealtypisch jeweils schwerpunktmäßig ein spezifischer Typ von Förderung und für jede Entwicklungsphase eine Förderungsmaßnahme bzw. ein bestimmtes Bündel an Förderungsmaßnahmen in den Vordergrund tritt.

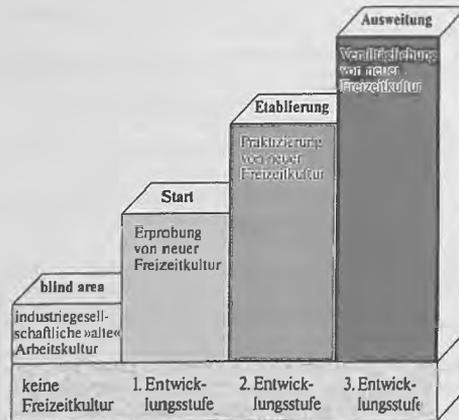
**3 Entwicklungsstufen -
9 Entwicklungsphasen**

Die untersuchten Freizeitprojekte legen nahe, für die Entwicklung von Freizeitinitiativen von drei Entwicklungsstufen mit je drei Entwicklungsphasen (damit insgesamt 9 Entwicklungsphasen) nach folgendem Schema auszugehen:

Entwicklungsstufen	gesellschaftsinnovative Bedeutung
1. Startstufe:	Erprobung von neuer Freizeitkultur (Phasen 1 - 3)
2. Etablierungsstufe:	Praktizierung von neuer Freizeitkultur (Phasen 4 - 6)
3. Ausweitungstufe:	Veralltäglichung von neuer Freizeitkultur (Phasen 7 - 8/9)

Abbildung 7:

Schematisch stellt sich das Stufenmodell folgendermaßen dar:



Der Phasenbegriff

Der Phasenbegriff ist für das Förderungsmodell dabei flexibel zu handhaben. Die Analyse der untersuchten Freizeitprojekte zeigt:

- Die einzelnen Phasen können von unterschiedlicher Zeitdauer sein.
- In den Phasen können Verschiebungen eintreten bzw. die eine oder andere Phase kann übersprungen werden.
- Entwicklungsphasen können auch parallel verlaufen, so daß eine präzise Zuordnung nicht immer möglich ist. Dies ergibt sich aus der Dynamik der inneren und äußeren Struktur, mit denen sich die Initiativen auseinanderzusetzen haben.
- Die Förderungsmaßnahmen sind den Entwicklungsmaßnahmen „schwerpunktmäßig“ zugeordnet, auch hier können in der Praxis Verschiebungen vorkommen.

Förderungsstruktur

Orientierungshilfe

Für Initiativen wie Förderer bietet das Phasenmodell Orientierungshilfe und Grundlage für die Entwicklung eines Förderungsmodells. Zunächst sind Start und Erprobung vorrangig durch immaterielle Förderung zu gewährleisten. Bewährt sich das Modell, muß durch materielle Förderung eine Etablierung und längerfristige Praktizierung selbstorganisierter Freizeitkultur möglich werden. Hält das Modell auch längerfristig stand und erweist es sich als transferierbar, ist über Stellen seine Ausweitung und Veralltäglicung zu unterstützen.

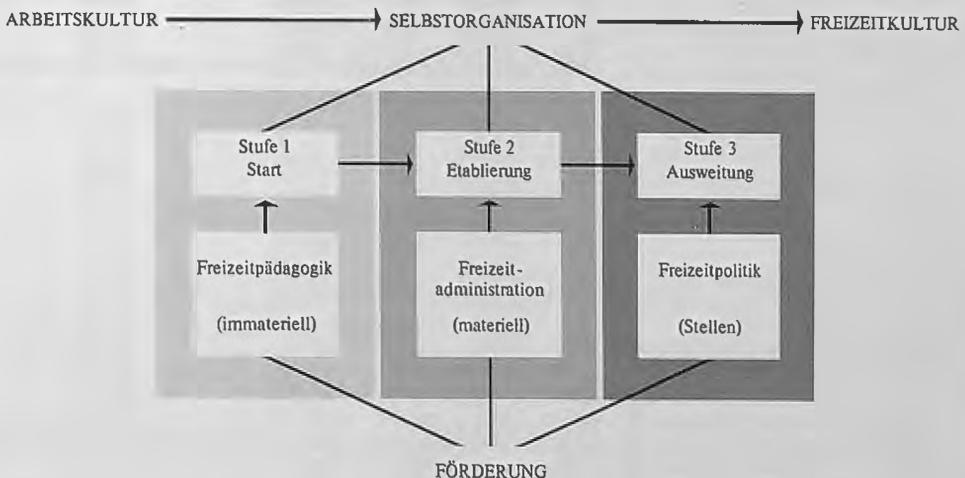
Förderungstypen

Den einzelnen Entwicklungsstufen selbstorganisierter Freizeitkultur entspricht schwerpunktmäßig auch ein spezieller Typ von Förderung:

Startstufe	Freizeitpädagogik: immaterielle Förderung
Etablierungsstufe	Freizeitadministration: materielle Förderung
Ausweitungsstufe	Freizeitpolitik: Förderung durch Stellen.

Abbildung 8

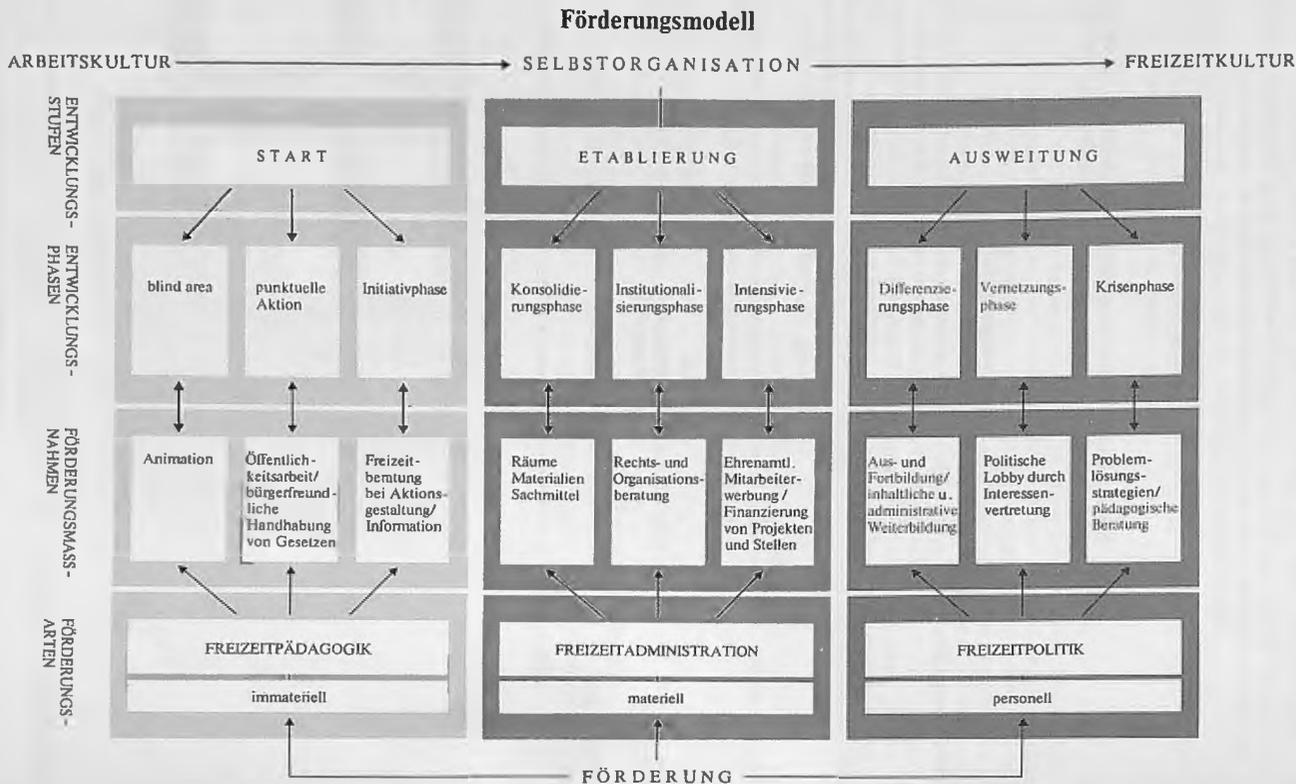
Schematisch läßt sich die Förderungsstruktur folgendermaßen verdeutlichen:



Gesamte Förderungsstruktur

Noch genauer können in den einzelnen Entwicklungsstufen selbstorganisierter Freizeitprojekte jeweils zwei bis drei Entwicklungsphasen, damit insgesamt neun, unterschieden werden. Diese Unterscheidung ermöglicht die relativ präzise Rekonstruktion

Abbildung 9:



eines Förderungsmodells, das die wichtigsten Entwicklungsphasen selbstorganisierter Freizeitgruppen idealtypisch den wichtigsten Förderungsmaßnahmen zuordnet. Dar- aus ergibt sich die gesamte Förderungsstruktur schematisch folgendermaßen:

Bedarf nach Förderung

Die festzustellenden und beispielhaften Förderungsmaßnahmen werden in jeder einzelnen Phase unterschieden nach Bedarf und Bedürfnissen an Förderung. Unter Bedarf ist das empirisch Festlegbare, das Meßbare gemeint, ohne das eine Initiative auf Dauer nicht bestehen kann. So ist beispielsweise Öffentlichkeitsarbeit ohne einen festen Raum nicht realisierbar. Der Bedarf an Förderung umfaßt eher die statischen Aspekte, die durch Förderung erreicht werden.

Förderungsbedürfnis

Unter Bedürfnissen sind im Gegensatz zu den statischen Aspekten eher die dynamischen Aspekte gemeint, denn die Bedürfnisse reflektieren sehr viel spontaner die aktuellen Geschehnisse. Bedürfnisse sind daher mindestens ebenso dringend und relevant wie der Bedarf an Förderung. Beispielhaft für Bedürfnisse aus der sozialen Arbeit seien hier die jugendlichen Arbeitslosen und die Folgewirkungen dieser Arbeitslosigkeit und Lehrstellennot genannt. Förderung durch Selbsthilfeprogramme und „Feuerwehrtöpfe“ sichert nur teilweise Abhilfe oder Verbesserung. Die reguläre Förderung muß sich noch eingehender auf veränderte und mögliche Gesellschaftsbedingungen vorbereiten.

Orientierung für flexible und wirksame Förderung

Das Förderungsmodell wird hier vorgeschlagen als eine Orientierung für flexible und wirksame Förderung. Geschrieben ist es aus der Sicht von Initiativen, Vereinen und Gruppen, also der Betroffenen, mit dem Anspruch der Erfahrungsbezogenheit und empirisch-praktischer Absicherung als neuer Legitimationsebene - die Legitimation von Förderung durch Selbstorganisation.

Anpassung an Bedarf und Bedürfnisse

Als weiterer Gedanke für die neuen Orientierungsmöglichkeiten durch Förderung sei auf die Gefahr der Systemstabilisierung als Anpassung verwiesen. Sinn und Zweck jeder Förderung kann es nicht sein, die Bedürfnisse der Betroffenen dem System der Förderungsrichtlinien anzupassen, sondern umgekehrt: die Förderungsrichtlinien dem Bedarf und den Bedürfnissen der Betroffenen auf dem Hintergrund gesellschaftlicher Sinnerspektive. Selbst wenn der Versuch eines neuen Förderungsmodells noch offene Fragen unbeantwortet läßt, so sei an Tofflers Überlegung angeknüpft, daß es besser ist, die richtigen Fragen zu stellen, als Antworten auf falsche Fragen zu geben (z. B. durch starre Förderungsrichtlinienkataloge!).

Bevor hier auf den Zusammenhang von Entwicklungsphasen und Förderungsmaßnahmen eingegangen wird, sollen zuerst jeweils die unterschiedlichen Entwicklungsphasen erläutert werden, dann die einzelnen Förderungsmaßnahmen und zuletzt ihr Zusammenhang, der ausschlaggebend für die Nutzung und die Anwendung dieses Förderungsmodells aus der Sicht der Förderer (Zuschußgeber) sein soll.

7.4 Initiativenentwicklung und Förderung

Erläuterung zum Überblick

Um den Überblick über die grundlegenden Begriffe des Förderungsmodells zu geben, werden sie hier in einer Aufzählung vorgestellt: Es sind acht verschiedene Entwicklungsphasen für selbstorganisierte Initiativen zu unterscheiden, die aus der empirischen Untersuchung der Freizeitprojekte eine sinnvolle Abfolge des Entwicklungsverlaufs von Initiativen aufzeigen. Eine neunte Entwicklungsphase durchläuft jede Initiative (Krisenphase), jedoch ist diese letzte Phase den ersten acht Phasen untergeordnet, da sie nicht in zeitlicher Abfolge einzuordnen, sondern „jederzeit“ Einfluß auf den Entwicklungsverlauf nimmt. Es handelt sich also um insgesamt folgende neun Entwicklungsphasen, denen neun verschiedene Förderungsmaßnahmen zuzuordnen sind:

Abbildung 10:

Entwicklungsphase	Förderungsmaßnahme
Startstufe 1. blind area 2. punktuelle Aktion 3. Initiativphase	Freizeitpädagogik und Kulturarbeit 1. Animation 2. Öffentlichkeitsarbeit/ bürgerfreundliche Handhabung von Gesetzen 3. Freizeitberatung (FZB) bei Aktionsgestaltung/Informationen
Etablierungsstufe 4. Konsolidierungsphase 5. Institutionalisierungsphase 6. Intensivierungsphase	Freizeitadministration 4. Räume, Materialien, Sachmittel 5. Rechts- und Organisationsberatung 6. Ehrenamtliche Mitarbeiterwerbung/ Finanzierung von Projekten und Stellen
Ausweitungsstufe 7. Differenzierungsphase 8. Vernetzungsphase 9. Krisenphase	Freizeitpolitik 7. Aus- und Fortbildung/Inhaltliche und administrative Weiterbildung 8. Politische Lobby by durch Interessenvertretung 9. Problemlösungsstrategien/ Pädagogische Beratung

I. Startstufe: Förderung durch Freizeitpädagogik und Kulturarbeit

1. Phase:

Förderung durch Animation in blind areas

Der Begriff „blind area“ bezeichnet ein Wohngebiet, das durch Anonymität, Initiativ- und Kreativlosigkeit gekennzeichnet ist. Blind area bedeutet übersetzt „blindes Gebiet“, „Gebiet ohne Augen“ für Nachbarschaft und Freizeitkultur, „Nicht Erkennbares innerhalb eines begrenzten Raumes (Gebietes, Gegend, Bereiches)“. In einer blind area fehlen freizeitskulturelle Aktivitäten.

Spezifische Merkmale einer blind area

Die spezifischen Merkmale jeder blind area sind auf dem Hintergrund der Entwicklungsgeschichte des Wohnumfeldes zu interpretieren. Gemeinsam ist jeder blind area das Fehlen einer kommunikativen Öffentlichkeit. Geht man davon aus, daß der Begriff der blind area zum Ausdruck bringt, daß in einem Wohnumfeld keine oder nicht feststellbare kulturelle Freizeitaktivitäten stattfinden, so ist sofort die Frage zu stellen, ob dieser Zustand politisch wie sozial vertretbar ist. Die jeweilige Infrastruktur eines Stadtgebietes wird beispielsweise von Raumplanern zuerst erfaßt, bevor Spielplätze, Parkplätze und Straßen neu geplant werden. Das kulturelle Niveau eines Wohnumfeldes ist zumindest über ein Minimum an vorhandenen Freizeitmöglichkeiten zu sichern. Selbstorganisierte Freizeitaktivitäten sind so gut wie ausgeschlossen, wenn nicht die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch, zum Ideen entwickeln oder Defizite überwinden etc. gegeben ist. Auch politische Arbeit findet in der Freizeit des Einzelnen statt und hat bezüglich der oben beschriebenen Rahmenbedingungen kaum eine Chance, sich zu entfalten.

Erkennen einer blind area

Die Voraussetzung einer qualitativen Verbesserung ist das Erkennen der blind area, denn nur auf dieser Grundlage kann geplant und gehandelt werden.

Förderungsmaßnahme: Animation

Ausgehend von der Entwicklungsphase „blind area“ wurde die Förderungsmaßnahme Animation gewählt. Genauer müßte man hier feststellen, daß im Grunde „noch keine Entwicklung“ wahrnehmbar ist. Förderung durch Animation, die von Freizeitpädagogen genau wie von Bürgern bzw. Bürgergruppen geleistet werden könnte, bewirkt, durch Aktionen zunächst die Möglichkeiten freizeitleistender Betätigung aufzuzeigen und das Gespräch mit den Bürgern (den Mitbürgern) im Hinblick auf selbstorganisierte Freizeitkultur zu suchen und Unterstützung anzubieten, gegebenenfalls die Initiierung von selbstorganisierten Gruppen im Stadtteil. Richtungsweisend für bürgergerechte Förderungsrichtlinien wäre hier ein Ansprechpartner in der Kommune wünschenswert. Futuristisch ist es vorstellbar, daß eine solche Kontaktperson nicht nur über Informationen und Förderungsmittel Bescheid wüßte, sie könnte vor allem auch über ihre Öffentlichkeitskontakte Gruppen mit gleichen Interessen zusammenführen und so einen inhaltlichen Überblick über die freizeitleistende Infrastruktur eines Stadtteils erhalten. Nicht zuletzt kann so auch schnell auf gesellschaftsrelevante, akute Probleme reagiert werden. Das Erkennen einer blind area ist der erste bewußte Schritt im Hinblick auf die Verbesserung der Freizeitkultur, die sich jedoch nur dann weiterentwickeln kann, wenn durch Animation dieser Bewußtseinsstand öffentlicher und von mehreren Betroffenen wahrgenommen wird.

Motivation zur Überwindung von blind areas

Die Motivation, selbständig für die Überwindung der blind areas einzutreten, findet entweder statt

- aus Selbstbetroffenheit und dem Wunsch der Veränderung oder
- über Animation von außen, beispielsweise durch Profis (Politiker, Künstler, Architekten, Freizeitpädagogen etc.).

Erkennen der blind area

Beispiel „Bürgertreff Waddenhausen“ e.V.

Die Entstehung der Bürgerinitiative „Bürgertreff Waddenhausen“ ist eindeutig auf eine blind area-Situation im Ort zurückzuführen. Durch den Zuzug zahlreicher junger Familien veränderte sich die Sozialstruktur des Ortes in wenigen Jahren. Bis zur Eingemeindung in die Stadt Lage war Waddenhausen ein Dorf mit ca. 300 Einwohnern. Inzwischen ist ihre Zahl auf über 2.000 angestiegen. Damit veränderte sich auch die Bedürfnisstruktur des Ortes. Bestehende traditionelle Vereine waren nicht in der Lage, die kulturellen Interessen der jungen Leute abzudecken. Diese Situation wurde - zunächst subjektiv - als Mangel empfunden. Tatsächlich bewußt wurde das freizeitleistende Defizit als es darum ging, für Mütter mit kleinen Kindern einen Spielkreis einzurichten. Die Resonanz auf dieses Angebot war so groß, daß der private Rahmen, in dem das Angebot geplant war, nicht ausreichte. Es fehlte an geeigneten Räumlichkeiten. Eine konkrete Chance zur Veränderung der freizeitleistenden Situation sahen die betroffenen Mütter in einem in Kürze freiwerdenden Kindergarten. Zur Durchsetzung ihrer Interessen und um den geplanten Umbau durch die Stadt in eine Wohnung zu verhindern, gründete sich die Bürgerinitiative „Bürgertreff Waddenhausen“.

Animation

Nach und nach ist aus dem Spielkreis ein für alle Altersgruppen interessantes kulturelles Angebot entwickelt worden. Die Zahl der aktiven Mitarbeiter in der Initiative hat beträchtlich zugenommen. Entsprechend umfangreicher konnte das Programm gestaltet werden. Es hat sich gezeigt, daß es nicht nur jungen Familien an geeigneten kulturellen, kreativen und kommunikativen Möglichkeiten mangelte, sondern auch den Jugendlichen und Senioren.

Erfolgreiche Arbeit

Inzwischen hat die Bürgerinitiative einen gemeinnützigen eingetragenen Verein gegründet. Nach schwierigen Entscheidungsprozessen hat die Stadt Lage den Kindergarten in die Trägerschaft des „Bürgertreffs Waddenhausen“ e.V. zu günstigen Bedingungen übergeben. Die Renovierungsarbeiten werden in Kürze abgeschlossen sein. Erste Angebote werden bereits genutzt.

Der „Bürgertreff Waddenhausen“ e.V. ist ein Beispiel für die Überwindung einer blind area. Ausgelöst wurden die Selbstorganisationsaktivitäten durch Selbstbetroffenheit und den Wunsch nach Veränderung der defizitären Freizeitsituation. Unterstützt wurde die Initiative insbesondere in ihrer Startphase mit Informationen und Beratung durch Mitarbeiter des Forschungsvorhabens, die selbst in Initiativen tätig waren.

2. Phase:

Förderung durch Öffentlichkeitsarbeit und bürgerfreundliche Handhabung von Gesetzen - für punktuelle Aktionen

Wurde über die erste Entwicklungsphase versucht, den Begriff oder die Wurzel jedes Selbstorganisationsprozesses über die Schaffung von Bewußtsein zu verdeutlichen, so schließt sich die zweite Entwicklungsphase nahtlos an die Umsetzung dieses Bewußtseins an - durch punktuelle Aktionen. Die punktuelle Aktion ist das Aktivwerden eines Einzelnen oder einer Gruppe mit dem Ziel, eine kommunikative Öffentlichkeit, damit auch öffentliches Interesse, herzustellen.

Entstehungshintergründe

Zwei zu unterscheidende Entstehungshintergründe sind Voraussetzung für jede punktuelle Aktion:

- die spontane defizitorientierte oder innovative Aktion eines oder mehrerer Bürger oder
- die zielgerichtete innovative oder defizitorientierte Aktion eines oder mehrerer Professioneller

Defizitorientierung

Unter Defizitorientierung wird die Abschaffung oder Veränderung eines bestehenden Mangels (Defizit) verstanden.

Innovation

Unter Innovation ist die Einführung von etwas Neuem, also die Erneuerung bzw. Neuerung zu verstehen. Beide Begriffe spiegeln die Motivationsebene für die Herstellung von Öffentlichkeit wider. Sie ergänzen sich jedoch in ihrer Perspektive der qualitativen Veränderung.

Beispiele für punktuelle Aktionen

Beispiele für bekannte punktuelle Aktionen sind die Geldsammlung, Unterschriftensammlung, Demonstrationen, Versammlungen, Informationsveranstaltungen, Stadtteil-, Straßen- oder Kinderfeste etc.

Ziel: Überwindung von Defiziten

Alle diese punktuellen Aktionen werden mit dem Ziel, Öffentlichkeit zu mobilisieren, durchgeführt. Häufig begrenzt sich dieses Ziel auf den Wunsch, die Betroffenen zusammenzuführen. Hinter der Aktionsbereitschaft, ohne die punktuelle Aktionen nicht zustande kommen können, wird die Idee deutlich, „etwas ins Leben zu rufen“, sich aufgrund eigener Betroffenheit für etwas zu engagieren, und mit anderen (beispielsweise) eine Gruppe zu initiieren. Mit punktuellen Aktionen versuchen Betroffene einerseits, auf individuelle wie gesellschaftliche Problemlagen hinzuweisen (z. B. Arbeitslosigkeit), andererseits sind punktuelle Aktionen der Versuch, Defizite in Selbsthilfe und Selbstorganisation zu überwinden.

Förderungsmaßnahme: Öffentlichkeitsarbeit, Werbung

Für das Gelingen von punktuellen Aktionen ist es außerordentlich wichtig, daß die Gruppe durch Öffentlichkeitsarbeit/Werbung unterstützt wird. Dies wird insbesondere dann notwendig, wenn in dieser Hinsicht keine bzw. wenig Erfahrung vorhanden ist.

Ziel: Innovation

Statt eines defizitorientierten Aktionsengagements kann auch das Ziel von Erneuerung (Innovation) Grundlage für das Engagement zu punktuellen Aktionen sein. Im Entwicklungsverlauf bis zur Erreichung einer selbstorganisierten Gruppe ist für diese zweite Entwicklungsphase die Förderungsmaßnahme „Öffentlichkeitsarbeit und bürgernahe Handhabung von Gesetzen“ notwendig. Der gesellschaftliche Stellenwert des Ziels der Initiative kann durch Öffentlichkeitsarbeit bestätigt und abgesichert werden. Genauso kann jedoch die Öffentlichkeitsarbeit aufzeigen, daß es sich bloß um Einzelinteressen handelt oder um gesellschaftlich nicht wünschenswerte (verbessernde) Zielsetzungen, wie sie z. B. von neonazistischem Engagement ausgehen. Es ist so auch immer zu prüfen, um welches Selbstorganisationsinteresse es sich handelt, denn Selbstorganisation kann auch „falsch“ verstanden werden.

Beispiel: Der Aktionstag

Im Verlauf des Forschungsvorhabens wurde insbesondere durch den Kontakt zu zahlreichen weiteren freizeitlekulturellen Selbstorganisationsgruppen deutlich, daß es vor allem an geeigneten Räumlichkeiten mangelt. Daraufhin bildeten einige Mitarbeiter des Forschungsvorhabens, die alle Mitarbeiter in Initiativen, Gruppen und Vereinen waren, eine Arbeitsgruppe. Ziel war die Einrichtung eines „Freizeit- und Kreativhauses“, das von Bürgern und selbstorganisierten Freizeitinitiativen bedürfnisorientiert genutzt werden sollte. Dafür bot sich das Gebäude der alten Tischlerei auf dem Gelände der Ravensberger Spinnerei in Bielefeld an. Es liegt im Sanierungsgebiet und ist Teil eines Umnutzungsprojektes alter Industriegebäude für Freizeit, Kultur und Bildung. Der Stadtteil, in dem sich der Gesamtkomplex befindet, gilt als freizeitlekulturell unterversorgt.

Freizeitlekulturelle Defizite

Die Arbeitsgruppe entwickelte eine Konzeption, die eine multifunktionale Nutzung des Hauses vorsah. Um zunächst „Leben ins Haus“ zu bringen, erklärten sich die Mitarbeiter der Arbeitsgruppe bereit, Angebote im Haus und auf dem angrenzenden Gelände durchzuführen. Dazu gehörten Spielangebote für Kinder, Jugendliche und Erwachsene, Geschichtswerkstatt, Filme, Laientheater, Musik, Hobby- und Kreativangebote. Nach und nach sollten weitere Gruppen aus dem Stadtteil das Haus verstärkt nutzen und es in Selbstorganisation leiten. Die Konzeption wurde in die kommunalpolitische Diskussion eingebracht und stieß auf erheblichen Widerstand. Die Furcht vor Folgekosten (ohne Personal) veranlaßte den Oberstadtdirektor, das Projekt abzulehnen.

Aktuelle Aktion

Um doch den Nachweis zu erbringen, daß es für eine solche Einrichtung tatsächlich einen Bedarf gibt, organisierten die Mitarbeiter der Arbeitsgruppe einen Aktionstag (punktueller Aktion), an dem insgesamt 14 selbstorganisierte Freizeitinitiativen mit 70 Akteuren teilnahmen und sich mit ihren Angeboten der Bevölkerung vorstellten. Die Angebote reichten von Spiel-, Bastel- und Malaktionen über Kunstausstellung, Musik- und verschiedene Theatervorstellungen bis hin zu Geschichtsprojekten und Informationsstand. Etwa 2.000 Besucher fanden den Weg in die noch im Bau befindliche Sheddachhalle an dem kalten regnerischen Märztag. Auch Politiker aus allen Parteien sowie die Presse waren der Einladung gefolgt. Vorherige Schätzungen von 200 Besuchern wurden weit übertroffen.

Die Vermutung der Initiatoren, daß freizeitlekulturelle Angebote fehlen, hat sich in zahlreichen Gesprächen mit Bürgern aus dem Stadtteil bestätigt. 75 Besucher bekundeten ihre Forderung nach Verbesserung der freizeitlekulturellen Situation im Stadtteil mit ihrer Unterschrift.

**Herstellung von Öffentlichkeit
Behördenwiderstände**

Insgesamt konnte der Aktionstag als Erfolg gewertet werden. Es war gelungen, Öffentlichkeit zu aktivieren und Bürger, Initiativen und Politiker ins Gespräch zu bringen. Bei der Vorbereitung hatten die Initiativen allerdings mit erheblichen behördlichen Widerständen zu kämpfen. Gesundheitsamt, Ordnungsamt und Feuerwehr gaben erst nach Erfüllung von Sicherheitsauflagen ihre Zustimmung. Dies war besonders problematisch, weil der Gesamtkomplex, auf dem der Aktionstag stattfinden sollte, noch zum großen Teil Baustelle war. Fast wäre die gesamte Aktion am Hausmeister gescheitert, der für die Bereitstellung der sanitären Anlagen und des Mobiliars zuständig war, jedoch an diesem Tage nicht aufzufinden war. Die größte Hürde, die nur durch gute Kontakte zu einflußreichen Politikern genommen werden konnte, war der Oberstadtdirektor, der in letzter Minute seine Zustimmung zum Aktionstag versagen wollte.

**Pressearbeit zur Mobilisierung
der Öffentlichkeit**

Die Erfahrungen des Aktionstages haben gezeigt, daß für die Durchführung einer punktuellen Aktion die Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit z. B. durch die örtliche Presse eine wichtige Voraussetzung für das Gelingen ist. Über diesen Weg können Bürger, Initiativen und Politiker ins Gespräch kommen, werden Interessen, Bedürfnisse und Probleme deutlich. Die bürgerfreundliche Handhabung von Gesetzen, Richtlinien etc. ist eine weitere wichtige Förderungsmaßnahme, die wesentlich über die freizeitlekulturelle Lebendigkeit eines Stadtteils mitentscheidet.

3. Phase:

Förderung durch Freizeitberatung und Information in der Initiativphase

Eine Gruppe formiert sich

Unter der Initiativphase soll der konkrete Beginn eines auf Kontinuität orientierten zielgerichteten Handlungsinteresses innerhalb des Wohnumfelds verstanden werden. Der aus dem Lateinischen stammende Begriff „initiare“ bedeutet „den Anfang machen, einführen“. In dieser dritten Entwicklungsphase, auf dem Weg zu einer selbstorganisierten handlungsfähigen Gruppe, wird davon ausgegangen, daß es eine noch sehr undisponierte Gruppe mit unterschiedlichen Zielvorstellungen gibt, deren Interesse eine gemeinsame Perspektivenentwicklung ist. Es kann in dieser sehr frühen, ersten „reinen“ Entwicklungsstufe einer Initiative noch keine Geldförderung geben. Mit „reiner“ Entwicklung ist die Phase vor dem Wir-Gefühl einer Gruppe als der „harte Kern“ gemeint.

Förderungsmaßnahme Freizeitberatung

Geht man davon aus, daß sich nach dem Erkennen einer blind area und der gesellschaftlichen Relevanz durch Darstellung in der Öffentlichkeit (punktuelle Aktion) erste Zielvorstellungen in einer Gruppe entwickelt haben, so ist es notwendig, zu diesem frühen Zeitpunkt die Gruppe zu fördern. Diese Förderungsmöglichkeiten sind: Freizeitberatung (FZB) bei Aktionsgestaltung und Informationen. Was bedeuten diese Förderungsmaßnahmen für die Gruppe? Freizeitberatung ermöglicht beispielsweise den konkreten Erfahrungsaustausch durch die Weitergabe von Informationen; das sind u. a. Informationen über schon bestehende Institutionen, Gruppen, Vereine, Initiativen usw., die sich mit derselben Aufgabe beschäftigen. Hier sei vorausgesetzt, daß jede - auch die sich noch entwickelnde - Gruppe weiß, in welchem übergreifenden Aufgabengebiet sie tätig werden möchte (Kinder-, Jugend-, Alten-, Weiterbildungs-, Behinderten-, Arbeitslosen-, Strafgefangenen-, Kreativarbeit und viele mehr).

Förderung durch Information

Förderung durch Information ermöglicht der Gruppe, erste Gesprächspartner zu finden, die aus dem angestrebten Interessenfeld über ihre Praxis und Probleme berichten. Konkrete Hilfestellungen in den ersten Schritten können so Klarheit gewinnen. Außerdem ist zu überprüfen, ob bestehende Vereine beispielsweise nicht schon das Ziel der sich findenden Gruppe realisieren, denn immerhin sollte vor der Initiativgründung überlegt werden, ob sich die Interessenten nicht gemeinsam einer bestehenden Initiative anschließen. Wesentliches Merkmal bei der Förderung durch Beratung (Freizeitberatung) ist die Weitergabe von Erfahrung, d. h., daß bestehende Initiativen, Vereine u. ä. in jedem Aufgabengebiet schon grundlegende Erfahrungen gemacht haben. Sie können detailliert weitere Informationsquellen benennen sowie die Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kenntnisse erläutern (insbesondere auf kommunalpolitische und rechtliche „Wissenslücken“ aufmerksam machen). Beratung und Erfahrungsaustausch ist gerade in der Anfangsphase jeder Gruppenfindung notwendig, um die eigenen Ansprüche zu relativieren. Wie schnell wird beispielsweise überlegt, ob man nicht einen Verein gründen sollte? Mit dieser Absicht sind jedoch noch vor der Durchsetzung ganz klare Pflichten verbunden (Satzung entwickeln, Geld für Notar . . .).

Vermeidung von Fehlern

Bei den Hürden, Verpflichtungen und Auflagen, die mit einer Vereinsgründung einhergehen, können durch Beratung und Erfahrungsaustausch Fehler und ihre Konsequenzen vermieden werden. Bestehende Vereine, die in der Anfangsphase bei der Entwicklung von Gruppenfindung und Zielen mithelfen, sind häufig langjährige Kooperations- und Beratungspartner und ihre Kontakte aufgrund ihrer Praxis unschätzbar wichtig.

Treffmöglichkeiten

In dem aufgezeigten Entwicklungsstand wird sehr stark das Engagement der Beteiligten und ihre Bereitschaft, sich schon in dieser Entwicklungsphase sachkundig zu machen, verlangt. Gleichzeitig muß aber die Möglichkeit des Austausches dieser gewonnenen Informationen und Beratung gegeben sein. Die Förderung durch das Zur-Verfügung-Stellen von Räumen (Treffs) kann solche Anforderung gewährleisten. An dieser Stelle ist jedoch deutlich darauf hinzuweisen, daß wir nicht von eigenen Räumen, die ausschließlich dieser Gruppe zur Verfügung stehen sollen,

ausgehen. Dennoch braucht diese Gruppe Treffmöglichkeiten, die aber auch private Wohnungen, ein Nebenraum in einer Kneipe etc. sein können. Der Widerspruch ergibt sich daraus, daß sich die Gruppe noch nicht „bewährt“ hat (sie könnte ebensogut auseinanderfallen) - sie wird sich aber auch nicht „bewähren“ können, wenn sie für den Austausch, die Entwicklung klarer Zielvorstellungen etc. keine Treffmöglichkeiten hat.

Informationsmaterialien für Initiativen

Die hier benannten Förderungsmaßnahmen könnten u. a. auch über eine Broschüre der Öffentlichkeit bzw. den Interessenten zugänglich gemacht werden. Eine solche Broschüre könnte an den Stellen ausgelegt werden, an die sich Ratsuchende vermutlich zuerst wenden, wie die Bürgerberatung im Rathaus, bei Wohlfahrts- und Dachverbänden, kommunalpolitisch aktiven Gruppen, Jugendämtern etc. Die Erfahrung zeigt jedoch auch, daß die Entwicklung der Freizeitkultur im Wohnumfeld nicht nur durch Textinformationen vorangetrieben wird.

Bedeutung der Initiativphase für die Entwicklung einer Gruppe

Die Untersuchung der im Forschungszeitraum begleitenden Initiativen unterstrich die Bedeutung der Initiativphase im gesamten Entwicklungsverlauf einer selbstorganisierten Gruppe. Einerseits sind die Motivation und die aktive Bereitschaft der Gruppenmitglieder hoch, andererseits kristallisieren sich über klare Zielvorstellungen auch die gesellschaftlichen Widerstände heraus. Für unsere Betrachtung der Entwicklungsphasen zeigt sich in der gelungenen Initiativphase der erste sichtbare Erfolg der Selbstorganisation - die auf Kontinuität orientierte Gruppe.

Beispiel „Haller Remise“ e.V.

Eine Initiative formiert sich

Die Bürgerinitiative Halle entstand im Oktober 1984 im Zusammenhang mit der Intensivierung der öffentlichen Diskussion um die Konzeption eines Bürgerhauses. Bei diesem geplanten Bürgerhaus handelt es sich um die Remise der „Kiskerschen Brennerei“, einem alten Industriekomplex im Zentrum der Stadt, der für freizeitlekulturelle Zwecke umgenutzt werden sollte. Arbeitsgrundlage und Diskussionsbasis war zunächst der akute Raumbedarf vieler traditioneller und neuer Haller Kulturvereine und Gruppen. Verschiedene Interessengruppen, wie z. B. die Kleintierzüchter, die Jugendzentrumsinitiative, Öko-Gruppen und viele andere trafen hier zusammen. Die einheitliche politische Stimmung für die Schaffung eines Kultur- und Bürgerzentrums schaffte günstige Voraussetzungen für die Arbeit der Bürgerinitiative. Ihre Aufgabe bestand zunächst darin, Interessen der verschiedenen Gruppen zu sammeln, zu diskutieren und auf dieser Grundlage Nutzungsvorschläge zu erarbeiten. Besonderer Wert wurde auf eine breite Beteiligung der Bürger an den Planungs- und Realisierungsschritten gelegt. Dies führte häufig zu langwierigen und wiederholten Diskussionen einzelner Punkte, die als längst erledigt betrachtet wurden. Dies führte aber auch dazu, daß ein intensiver Klärungsprozeß einsetzte, in dem die Bürgerinitiative ihre Vorschläge immer stärker präzierte.

Förderung durch Information und Beratung

In dieser Initiativphase hat sich die Teilnahme einer Self-Mitarbeiterin an den Sitzungen der Bürgerinitiative als äußerst hilfreich erwiesen. Ihre Erfahrungen in Initiativarbeit, ihre Kenntnisse über andere ähnliche Projekte sowie ihre freizeitpädagogischen und politischen Kompetenzen brachten der gerade entstehenden Bürgerinitiative wichtige Informationen. Die sachkundige Beratung erleichterte zumindest am Anfang die Lösung schwieriger Aufgaben wie z. B. die Konzeptionsentwicklung. Wichtig für die junge Bürgerinitiative war in dieser Phase auch der Erfahrungsaustausch mit ähnlichen Projekten, zu denen Kontakt aufgenommen wurde.

Lernprozesse

An diesem Beispiel wird die Notwendigkeit von Förderung durch Beratung und Information besonders deutlich. Kaum ein Mitarbeiter der Bürgerinitiative hatte genügend Erfahrung, um ein Projekt dieses Ausmaßes kompetent in die Hand zu nehmen. Lernprozesse auf verschiedenen Ebenen, wie z. B. in Basisdemokratie und Selbstorganisation aber auch in Planung, Politik und Bauförderung mußten vollzogen werden, bis sich neben dem gemeinsamen Ziel - Bürgerhaus - auch ein von allen akzeptierter Weg herauskristallisierte und die Inhalte abgestimmt waren. Sachkundige Information und Beratung kann vor schwerwiegenden Fehlern schützen, die Initiativenarbeit erleichtern und Probleme lösen helfen. Damit soll nicht behauptet

werden, daß die Bürgerinitiative „Haller Remise“ es nicht ohne die Self-Mitarbeiterin geschafft hätte. Es sollte aber gezeigt werden, daß in dieser Entwicklungsphase Information und Beratung für eine Initiative eine sinnvolle Unterstützung sein kann.

Erfolgreiche Arbeit

Die Initiative hat inzwischen den Verein „Haller Remise“ e.V. gegründet. Ein Haus des ehemaligen Industriekomplexes in Halle wird bereits vom Verein getragen und freizeitlekulturell aktiv genutzt. Mit Hilfe der Förderungsmittel des MSWV des Landes NRW wird der Komplex in naher Zukunft umgebaut. Über die Nutzung der weiteren Gebäude wird noch diskutiert. Die Stadtbibliothek und die VHS sind mögliche Interessenten.

II. Etablierungsstufe: Förderung durch Freizeitadministration

4. Phase:

Förderung durch Räume, Materialien, Sachmittel bei der Konsolidierung

Klare Ziel- und Handlungsinteressen

Ausgehend von den drei vorangegangenen Entwicklungsschritten erreicht der Selbstorganisationsprozeß in der Konsolidierungsphase eine weitere Festigung der Gruppe: Die Konsolidierungsphase bedeutet Stabilisierung und Sicherung nach innen (also in der Initiative) und außen (Öffentlichkeit) sowie eines klaren Ziel- und Handlungsinteresses. Die selbstorganisierte Gruppe erreicht also das Stadium, in dem sie sich über ihre eigenen Ziele im klaren ist und mit diesen an die Öffentlichkeit treten kann.

Handlungsfähige Initiative

Die Gruppe ist zu einer handlungsfähigen Initiative geworden, die sich untereinander gut versteht und an den gemeinsamen Zielen arbeiten kann. Sie hat für sich ein Handlungsfeld gefunden, in dem sie mit hohem Engagement tätig ist. In diesem Anfangsstadium der praktischen kontinuierlichen Arbeit war sie immer wieder zu Improvisationen gezwungen: Wer stellt seine Wohnung zur Vorbereitung einer Aktion zur Verfügung? Wie finanzieren wir die angefallenen Telefoneinheiten und das Porto? Wer besorgt Werkzeug und die Papierrolle von der Zeitung? Diese und viele andere Fragen werden je nach Gruppe ähnlich gestellt.

Probleme

Es ist ab einer bestimmten Mitarbeitergröße und den vielen einzelnen Koordinationsaufgaben nicht mehr möglich, alles auf privater Basis zu organisieren. Die Gruppe braucht einen gemeinsamen Raum. Da keine finanzielle Absicherung des Vorhabens besteht, außer den Geldern, die die Gruppenmitglieder selbst aufbringen, wird der Kontakt zu Behörden und Ämtern, Wohlfahrtsverbänden etc. gesucht, um so gemeinsam einen Lösungsweg zu finden. Die Widerstände sind hier auf allen Ebenen sehr hoch, da aus Funktionärsicht noch zu wenig „vorzuweisen“ ist. Es gibt in der Gruppe nicht „den“ Verantwortlichen, sondern die Gruppe will als Gesamtheit ihre Arbeit vertreten. Mit derartigen Basisansprüchen scheitern sie in vielen Verwaltungsstellen. Finanzielle Förderung ist so gut wie ausgeschlossen, solange die Gruppe noch keine Rechtsform hat.

**Startfinanzierung:
Räumliche Sachmittel, Materialien**

Ohne jede Startfinanzierung für Raum, Sachmittel und Materialien scheitert die Gruppe genau an der Stelle, an der es eigentlich qualitativ bergauf gehen sollte. Schafft es die Gruppe nicht, genügend Geld durch ihre Arbeit (dies wäre z. B. bei Theatervorstellungen, für die Geld eingenommen wird, möglich) zu erwirtschaften, das die anfallenden Kosten deckt, so wird sie von finanzieller bzw. materieller Förderung abhängig sein. Gerade im Bereich der pädagogischen, sozialen oder kulturellen Arbeit ist jedoch die eigenwirtschaftliche Absicherung kaum möglich und überfordert daher die „Erhöhung der öffentlichen Zuschüsse für selbstorganisierte Initiativen“ (Bischoff/Damm, 1985, S. 20).

**Keine Rechtsform -
keine Förderung**

Die Gruppe befindet sich in einem „circulus cirtiosus“ in der Argumentation gegenüber Förderern. Sie bekommt keine Förderung, weil sie keine Rechtsform hat und daher schlecht in die „Förderungs-Töpfe“ paßt. Dann hat sie keine Geschäftsadresse, denn sie hat ja keinen Raum, Telefon etc. . . . mit der Raumfrage hatte sich die Initiative an die Verwaltung gewendet. Wenn dieser Zirkel nicht aufgebrochen wird, dadurch, daß die inhaltliche Arbeit in den Vordergrund gestellt wird, dann kann sich unsere Gesellschaft keine Selbstorganisation leisten. Aus diesen inhaltlichen Begründungen müssen sozialpolitisch durchdachte Förderungsrichtlinien die Möglichkeiten durch die Förderungsmaßnahmen Räume, Sachmittel und Materialien mit einbeziehen.

Kontroll- und Legitimationszwang

Für die kommunalen Verwaltungsstellen (die möglichen Förderer) und die selbstorganisierte Gruppe beginnt hier ein gegenseitiger Kontroll- und Legitimationszwang. Die Gruppe muß den Nachweis erbringen, daß ihre konzeptionell entwickelten Ziele auch langfristig realisierbar sind, während die kommunale Verwaltung (Förderer) zu prüfen hat, ob es sich bei den Inhalten um förderungswürdige und gesellschaftsrelevante Interessen handelt. Die Notwendigkeit, im gegenseitigen Einvernehmen Kompromisse zu schließen, bedeutet für die selbstorganisierte Gruppe, ihre Ziele und Zwecke so transparent zu machen, daß sie gegenüber Verwaltung und Administration genauso vertretbar sind wie gegenüber ihrer sozialen Aufgabe. Dennoch darf soziales Engagement von seiten der Verwaltung (und bestehender Förderungsrichtlinien) nicht zunichte gemacht werden. Die hier dargestellten Probleme führen in der gegenwärtigen Realität zur Absicherung der selbstorganisierten Gruppe in Form der Vereinsgründung.

Beispiel: Spielwiese - Gemeinnütziger Verein für Spiel und FZ e.V.

Eine arbeitsfähige Initiative

Zwei Jahre vor der Gründung des Vereins beschäftigte sich ein Teil der späteren Gründungsmitglieder in Form von VHS-Kursen und anderen Einzelveranstaltungen mit Tischspielen. Es konnte ein relativ großer Bedarf nach Spielangeboten (Tisch-, Bewegungs-, Kreis- und Großgruppenspiele) festgestellt werden. Immer mehr Studenten entdeckten im Spielbereich ein pädagogisches Praxisfeld, in dem sie zugleich persönliche Interessen verwirklichen konnten. Aus finanziellen Gründen konnte das von der Bevölkerung gut angenommene Angebot in der VHS nicht weitergeführt werden (Verschärfung der Weiterbildungsrichtlinien). Als der Gruppe die Arbeitsbasis, d. h. das Kursangebot in den Räumen der VHS und das Spielmaterial entzogen wurde, entschlossen sich die Beteiligten zur Gründung einer selbstorganisierten Initiative. Zugleich sollte damit ein Gegengewicht zu den expandierenden Spielhöhlen gesetzt werden. Da die meisten Mitglieder der Initiative bereits im Rahmen des VHS-Angebots zusammengearbeitet hatten und gemeinsam Seminare zum Thema Spiel besuchten sowie in der Studiengruppe theoretisch den Bereich bearbeiteten, waren Ziele und Inhalte schon diskutiert und abgestimmt. Die Gruppe war grundsätzlich arbeitsfähig.

Die materielle Basis fehlt

Nun fehlte jedoch die materielle Basis - die Spiele - und ein Raum, in dem die öffentlichen Spielangebote stattfinden konnten. Auch mangelte es an einer Adresse, unter der die Initiative zu erreichen war. Das Fehlen dieser arbeitsnotwendigen Voraussetzungen stellte die Initiative vor größere Probleme. Finanzielle Mittel zur Beschaffung der Spiele standen nicht zur Verfügung. Räume waren kostenlos nicht zu haben. Ungeeignet erschien auch eine Privatadresse als Ansprechmöglichkeit für Interessenten.

**Förderung durch freien Träger
und Privatpersonen**

In dieser Situation wäre die Unterstützung durch entsprechende Sachmittel und Räume eine wirkliche Hilfe gewesen und hätte die praktische Arbeitsfähigkeit der Initiative in kürzester Zeit wieder hergestellt. Die Initiative mußte das Problem aus eigener Kraft lösen. Es wurden leihweise Spiele aus privatem Besitz zur Verfügung gestellt. Der DPWV gestattete die Mitnutzung eines Raumes und stellte für Spielnachmittage den Konferenzraum zur Verfügung - beides zu einem geringen Beitrag. Privatpersonen, die die Idee der Initiative mittragen, halfen finanziell aus. So gelang

es der Initiative zunächst einmal, wieder ins Bewußtsein der Öffentlichkeit zu kommen und Aufträge für Spielaktionen in anderen Einrichtungen und Institutionen zu erhalten. Die Einnahmen aus diesen Veranstaltungen wurden in Spiele investiert, um eine sichere Basis für die praktische Arbeit zu schaffen.

Erfolgreiche Arbeit

Ende 1982 wurde der Verein gegründet. Neben der „stationären Spiel(i)othek“ betreibt der Verein weiterhin die „rollende Spiel(i)othek“ und seit 1984 eine Spielausleihe. Sie hat einen Spieltreff für Fans initiiert, gibt Beratung und Information in Sachen Spiel, betreut wissenschaftliche Arbeiten zu diesem Thema. Die Anzahl der Spieleinsätze hat sich seit 1983 verdreifacht. Bis 1985 sind insgesamt rund 7.000 Bürger von der Spielwiese erreicht worden. Die Mitglieder arbeiten bis heute ehrenamtlich. Durch eine ABM-Kraft wird die Arbeit maßgeblich unterstützt und vorangetrieben.

Dieses Beispiel zeigt die Notwendigkeit der Förderung in der Konsolidierungsphase. Räume, Sachmittel und Materialien sind notwendige Voraussetzungen für die aktive freizeitskulturelle Praxis. Hätten nicht Privatpersonen die Idee mit finanziellen Hilfen unterstützt und wäre der DPWV der Initiative bei der Mitbenutzung ihrer Räumlichkeiten nicht entgegengekommen, wäre die Initiative gescheitert. Daß es einen Bedarf nach Spielangeboten gibt und daß die Gruppe arbeitsfähig ist, konnte sie erst unter Beweis stellen, als die nötigen Voraussetzungen geschaffen waren. Förderung selbstorganisierter Initiativen sollte also nicht erst einsetzen, wenn bereits Erfolge zu verbuchen sind, sondern muß die Schaffung der Voraussetzungen für diese Arbeit unterstützen.

5. Phase: Förderung durch Rechts- und Organisationsberatung bei der Institutionalisierung

Die Institutionalisierungsphase ist die öffentlich-rechtliche Absicherung eines sozial anerkennenswerten Zweckes. Die gängigste, häufig praktizierte Form der Institutionalisierung ist die Gründung einer „juristischen Person“ - eines Vereins. Jede Institutionalisierung hat die Zunahme von Bürokratisierung und Verwaltung zur Folge. Die selbstorganisierte Gruppe legt in der Institutionalisierungsphase ihre eigenen Organisations- und Entscheidungsstrukturen fest. Sie will ihre Ziele langfristig weiter verbessern und durchsetzen, dazu bildet die Vereinsgründung eine gesellschaftlich akzeptierte Grundlage.

Vereinsgründung

In der Satzung jedes Vereins müssen die Ziele und Zwecke klar benannt und vom Finanzamt genehmigt werden. Im Sinne des Vereinsrechts kommen weitere Entscheidungen auf die Gruppe zu. Hat sie bisher ihren basisdemokratischen Anspruch aufrecht gehalten und jede Entscheidung gemeinsam getroffen, so erfordert die Vereinsgründung die Wahl eines Vorstandes, dem ein Vereinsvorsitzender und sein Stellvertreter als Verantwortliche vorstehen. Die Kontinuität der selbstorganisierten Initiative wird durch die Vereinsgründung gesichert.

Anpassung

Andererseits darf aber auch nicht verkannt werden, daß die Vereinsgründung auch eine Anpassung an das bestehende System ist. Vor- und Nachteile müssen zur eigenen Sicherheit überprüft werden, damit es eine „gesunde Anpassung“ bleibt. (Ein Beispiel für eine „ungesunde Anpassung“ wäre die Vernachlässigung der selbst formulierten Ziele, nur um in die Förderungsrichtlinien zu passen).

Förderungsmaßnahme: Rechts- und Organisationsberatung

Die Institutionalisierungsphase erfordert von der selbstorganisierten Gruppe, daß sie sich in Rechts- und Organisationsfragen sachkundig macht und diese auf ihre eigene Situation bezieht. Für diese Anforderungen sind die Förderungsmaßnahmen Rechts- und Organisationsberatung eine entscheidende Hilfe.

Beispiel: „Reisen und Freizeit mit jungen Leuten“ e.V. (RUF)

Der Verein „RUF“ e.V. wurde Ende 1981 von fast 30 Personen aus den unterschiedlichsten Alters- und Berufsgruppen gegründet. Die Vereinsgründung war eine Reaktion auf fremdbestimmte und verbürokratisierte Strukturen im Reisesektor, die die Betreuer, Gruppenleiter und Teamer während ihrer Arbeit bei öffentlichen und freien Trägern als starke Behinderung ihrer pädagogischen Tätigkeit erfahren haben. Ziel des Vereins ist, die Selbstbestimmung des Einzelnen zuzulassen, um so die Selbstorganisation einer Gruppe zu fördern. Individuelle Selbstbestimmung ist eine notwendige Bedingung für jeden Selbstorganisationsprozeß von Gruppen.

Bürokratische Hürden

Nach der Gründung bemühte sich der Verein um Anerkennung der Gemeinnützigkeit. Dabei stieß er auf erhebliche Probleme. Allein die Vorstellungen und Arbeitsmotivationen, einen selbstorganisierten Reiseveranstalter zu gründen, scheiterten anfangs an den Richtlinien des Finanzamtes und den Einwänden des regionalen Jugendamtes. Das Finanzamt lehnte die gewünschte Altersgruppe ab mit der Begründung, daß Vereine nicht als gemeinnützig anzuerkennen sind, wenn sie ihr Arbeitsfeld - vor allem ihre Adressaten - auf den kommerziellen Markt ausdehnen. Das heißt, junge Erwachsene bis einschließlich 27 Jahren sollen ihre Bedürfnisse über den kommerziellen Markt befriedigen. Da das Angebot auf dem Reisesektor gut ist, kann der Verein nicht die Gemeinnützigkeit erhalten, denn damit tritt er in Konkurrenz zum kommerziellen Markt. Davor ist er seitens des Finanzamtes zu schützen.

Anpassung

Um die Anerkennung der Gemeinnützigkeit zu erhalten, denn ohne sie wäre das Vereinsvorhaben schon im Keime erstickt, mußte eine Satzungsänderung vorgenommen werden, die die Altersgrenze auf 25 Jahre beschränkt. Ohne eine inhaltliche Begründung für diese Altersgrenze erhielt der Verein die gewünschte Gemeinnützigkeit. Die zweite Verwaltungsbarriere stellte das Jugendamt dar, das mit Vehemenz allein die Existenz des Vereins nicht akzeptierte. Die Begründung liegt in der Annahme, einen touristisch kommerziellen Verein mit öffentlichen Zuschüssen fördern zu lassen. Diese negative Einstellung wirkt bis heute bei der Zuschußvergabe wenig förderlich.

Notwendigkeit von Rechts- und Organisationsberatung

An diesem Beispiel wird deutlich, daß die Institutionalisierung von Initiativen neuer Art mit Schwierigkeiten verbunden sein kann. Obwohl sich die Initiatoren über den Weg der Gründung eines gemeinnützigen Vereins genau informiert hatten, traten nachfolgend Probleme auf, die die Existenz bedrohten. Erst mit Hilfe zusätzlicher Rechts- und Organisationsberatung konnten diese Schwierigkeiten bewältigt werden.

Erfolgreiche Arbeit

Nachdem die Institutionalisierungshürde überwunden war, konnte das zukünftige freizeitpädagogische Arbeitsfeld entwickelt werden. Heute hat der Verein einen großen ehrenamtlichen Mitarbeiterstamm, besitzt einen Reisebus und umfangreiche Campingausstattungen. Für Jugendliche bietet er Rundreisen, Aktivitätsreisen, „Sozial“-Reisen/Workcamps und Kurzreisen an. Aus Teilnehmern an Reisen hat sich ein Jugendclub gebildet. Zur Intensivierung der offenen Jugendarbeit wird ein „Jugendmobil“ in verschiedenen Stadtteilen Bielefelds eingesetzt. Individuelle Reiseberatung, Seminare und Fortbildungen werden von den Mitarbeitern des Vereins durchgeführt.

6. Phase:

Förderung durch ehrenamtliche Mitarbeiter, Finanzierung von Projekten und Stellen für die Intensivierung

Neue Anforderungen

Die Intensivierungsphase bedeutet eine gewissenhafte und gründliche Durchführung der Ziele und Zwecke der juristischen Person. Aus der selbstorganisierten Gruppe hat sich jetzt ein Verein entwickelt, der von Bürgern in Anspruch genommen werden kann. Die praktische Arbeit nimmt zu, die Anforderungen im Hinblick auf Kompetenzen auf inhaltlichem und verwaltungstechnischem Gebiet steigen. In der Intensivierungsphase werden beispielsweise die Kompetenzen Buchhaltung, Vertragsrecht, Prospektherstellung usw. im administrativen Bereich erforderlich. Inhaltlich geht es nun um eine qualifiziertere Arbeit im jeweiligen Praxisfeld.

**Weitere Mitarbeiter
werden gebraucht**

Die Notwendigkeit der Intensivierung der Arbeit zeigt deutlich den gesellschaftlichen Bedarf. Da die Zahl der wachzunehmenden Aufgaben und Anforderungen erheblich steigt, ist es dringend notwendig, noch mehr ehrenamtliche Mitarbeiter in die Vereinsarbeit einzubeziehen. Der Zusammenhang von der 6. Entwicklungsphase - Intensivierung - und den Förderungsmaßnahmen „ehrenamtliche Mitarbeiterwerbung/Projektförderung“ wird so deutlich. Die Intensivierungsphase bedeutet vor allem für die Mitarbeiter, daß sie in hohem Maße die Verpflichtung eingehen, immer mehr Zeit für die Vereinsarbeit zu investieren. Da kann es schon zu erheblichen Auseinandersetzungen kommen, wenn sich ein engagierter Mitarbeiter nur kurzfristig aus der Vereinsarbeit herauszieht. Diese und andere „kleine“ Probleme hat die Initiative ständig zu bewältigen.

**Förderungsmaßnahme:
Mitarbeiter, Finanzierung
von Projekten und Stellen**

Durch die intensive Vereinsarbeit kristallisieren sich häufiger eigenständige Projektvorhaben heraus, die zusätzliche Anstrengungen erfordern. Die „normale“ Vereinsarbeit darf dabei jedoch nicht vernachlässigt werden. Daher werden weitere Mitarbeiter notwendig. Da zusätzliche Projekte häufig eine breite Öffentlichkeit erreichen, und von daher für den Veranstalter relativ kostenintensiv sind, werden öffentliche Zuschüsse nötig.

Beispiel „Spielen mit Kindern“ e.V. (Spielmobil)

Der 1981 gegründete Verein hat sich das Ziel gesetzt, die Benachteiligung und Ghettoisierung von Kindern in der Stadt zurückzudrängen und damit die latente Kinderfeindlichkeit in unserer Gesellschaft abzubauen. Es sollten Spielmöglichkeiten in Wohnungsnähe geschaffen bzw. zurückerobert werden. Der erste Schritt zur Realisierung dieser Ziele war das Konzept „Spielmobil“. Gemeinsam mit dem Bielefelder Jugendamt wurden die Einsatzorte festgelegt. Entsprechend den spezifischen Problemlagen der Wohngebiete sowie der gegebenen Möglichkeiten für die pädagogische Arbeit wurden die Einsätze geplant und durchgeführt.

Ausweitung der Arbeit

Neben diesen regelmäßigen Aktionen in sechs verschiedenen Wohngebieten fanden während der Sommerferien dreiwöchige Spielaktionen im Rahmen der Ferienspiele statt. Nach und nach entwickelte sich durch weitere Sonderaktionen ein stadtteilbezogenes Ganzjahreskonzept für die offene Kinderarbeit, das bis heute ein hohes Maß an Kontinuität erreicht hat.

Gesellschaftlicher Bedarf

Die intensive pädagogische Arbeit des Vereins ist auf eine große Zahl aktiver ehrenamtlicher Mitarbeiter angewiesen. Je mehr Einsatzorte und Sonderaktionen hinzukommen, desto größer wurde der Personalbedarf. In vielen Fällen sind es Studenten, die in der Spielmobilarbeit ein pädagogisches Praxisfeld für sich entdeckt haben, oder solche, die darin ein sinnvolles Praktikum sehen. Es sind aber auch Eltern, die die Spielmobilarbeit unterstützen.

Neue Anforderungen

Die Intensivierung der pädagogischen Arbeit erforderte von den Mitarbeitern auch eine intensive Auseinandersetzung mit bürokratischen Anforderungen wie z. B. Buchführung, Versicherungsrecht, Förderungsmodalitäten.

**Intensivierung der Arbeit
erfordert projekt- und
personenbezogene Förderung**

Dieses Beispiel zeigt, daß in der Intensivierungsphase sowohl die praktische Arbeit als auch der Verwaltungsaufwand zunimmt und damit ein höherer Personalbedarf entsteht. Auch wird die Arbeit kostenintensiver, so daß eine Finanzierung aus öffentlichen Mitteln erforderlich wird. Hier wäre die Förderung durch Stellen bereits angebracht. Durch die projektbezogene Unterstützung des Jugendamtes ist es bis heute gelungen, die Spielmobilarbeit fortzusetzen und zu verstärken. Dennoch bleibt der Verein auf ehrenamtliche Mitarbeiter angewiesen und muß sich ständig um neue Mitarbeiter bemühen.

III. Ausweitungsstufe: Förderung durch Freizeitpolitik

7. Phase:

Förderung durch Aus- und Fortbildung/inhaltliche und administrative Weiterbildung bei der Differenzierung

Weitere Aufgabenfelder werden erschlossen

Aus der kontinuierlichen Arbeit einer Initiative werden in der Differenzierungsphase neue Aufgaben und Aufgabenfelder erkannt und bearbeitet. Ziele und Zwecke differenzieren sich zusätzlich heraus. Die Initiative hat sich im Wohnumfeld etabliert und nimmt in ihre Arbeit die aktuellen Probleme der Bürger mit auf. Diese Basisarbeit ermöglicht es ihr, immer wieder gemeinsam mit den Bürgern Lösungswege zu entwickeln und so, schneller als es in der Bürokratie möglich ist, zu agieren. Für die selbstorganisierte Initiative bedeutet dies, ein hohes Maß an Flexibilität und Kompetenzen aufzuweisen, die sie dazu befähigt, sich für die inhaltliche Arbeit besser zu qualifizieren.

Qualifizierung der Mitarbeiter in unterschiedlichen Bereichen

Die Förderungsmaßnahmen Aus- und Weiterbildung beziehen sich jedoch nicht nur auf die inhaltliche Arbeit, sondern auch auf die administrative Weiterbildung. Mit zunehmender Komplexität, natürlich auch durch Professionalisierung, wächst der Verwaltungsaufwand, der gewissenhaft bewältigt werden muß. Durch die Ausdifferenzierung neuer Aufgabenfelder wächst auch die Mitarbeiterzahl. Für alle neuen Mitarbeiter - gerade die ehrenamtlichen - müssen klare Ausbildungskonzepte erarbeitet werden, die gewährleisten, daß neue Mitarbeiter qualifiziert eingesetzt werden können. Über den Mitarbeiterkreis hinaus gäbe die Förderung durch spezifische Seminare und Tagungen für Initiativen und Vereine die Gelegenheit zum Erfahrungs- und Informationsaustausch. Außerdem leisten regionale wie überregionale Weiterbildungsangebote auch die Möglichkeit, neue Kooperationspartner zu finden. In der letzten Entwicklungsphase, der Vernetzungsphase, wird die Perspektive dargestellt, durch Kooperation die freizeitskulturelle Arbeit qualifizierter, wirtschaftlicher und politisch gefestigter zu gestalten.

*Beispiel: „Spielen mit Kindern“ e.V.
(Spielhaus, Bauwagen in der Flur- und Heckstraße)*

Ausweitung der Arbeitsfelder

Der bereits erwähnte Verein „Spielen mit Kindern“ e.V. hat, nachdem er mit dem Spielmobil seine pädagogische Arbeit begonnen hatte, heute drei „Standbeine“: 1. das Spielmobil für die mobile offene Kinderarbeit in Bielefeld, 2. das Spielhaus, das 1985 eröffnet wurde und 3. ein langfristiges Projekt „Bauwagen“ an der Flur- und Heckstraße in Bielefeld zur Wohnumfeldverbesserung. Alle drei Einzelprojekte sind Bestandteil eines Rahmenkonzeptes zur Verbesserung der Spiel- und Lebenssituation der Kinder und Jugendlichen in der Stadt. Angesiedelt sind die Projekte in sozialen Brennpunkten: das Spielmobil fährt Stadtteile mit spezifischen Problemlagen an, das Spielhaus steht im Sanierungsgebiet, in dem nach Abschluß der Bauarbeiten ca. 1.700 Kinder leben werden. Die Flur- und Heckstraße ist von der Sozialstruktur durch einen hohen Ausländeranteil gekennzeichnet. Arbeitslosigkeit, soziale und ökonomische Mängel, Jugendkriminalität und Drogenmißbrauch aber auch Ausländerfeindlichkeit prägen die Lebenssituation.

Größere Komplexität erfordert bessere Qualifizierung der Mitarbeiter

Freizeitpädagogische Arbeit in den verschiedenen Arbeitsfeldern erfordert von den Mitarbeitern weitere, über die pädagogischen Fähigkeiten hinausgehende Kompetenzen. Ein besonderes Anliegen der Mitarbeiter ist es, mit der Bevölkerung gemeinsam an der Verbesserung der Spiel- und Lebensqualität zu arbeiten. Das bedeutet, sich auch mit den Problemen der Menschen auseinanderzusetzen und, wenn möglich, Hilfen anzubieten. Dies stellt ganz neue Anforderungen an die Pädagogen. Daher ist der Erfahrungsaustausch und die gemeinsame Entwicklung von Lösungsstrategien für Probleme vor Ort außerordentlich wichtig für die Mitarbeiter des Vereins. Die Reflexion dessen, was in der eigenen Praxis geschieht, aber auch die gegenseitige Unterstützung und Kooperation mit anderen Gruppen, Initiativen, Vereinen und Institutionen sind in der Differenzierungsphase unerlässlich.

Die bereits in der Intensivierungsphase begonnene Arbeitsteilung muß bei wachsender Komplexität fortgesetzt werden, wobei auf einen permanenten Informationsfluß hingewirkt werden muß. Komplexer werden auch die administrativen Anforderungen, die insbesondere in dem hier beschriebenen Beispiel schon Professionalität erfordern. Hier sind ein ganzes Haus, zwei von der Kommune geschaffene Personalstellen, Honorarkräfte, Sachmittel etc. zu verwalten.

Aus- und Fortbildung wird notwendig

Aus- und Fortbildung im inhaltlichen wie im administrativen Bereich, so zeigt dieses Beispiel, wird bei wachsender Komplexität in der Differenzierungsphase für die Mitarbeiter des Vereins existentiell wichtig. Mehr Professionalität in vielen Bereichen ist hier gefordert, z. B. im Bereich des Jugendschutzes, in rechtlichen Fragen, in Fragen der Sozialhilfe, im Umgang mit drogensüchtigen Jugendlichen aber auch in Fragen der Bewirtschaftung von Stellen und Einrichtungen und nicht zuletzt im Bereich der Förderung.

8. Phase:

Förderung durch politische Lobby und Interessenvertretung für die Vernetzung

Wirtschaftliche und politische Interessen

In der Vernetzungsphase nehmen die Kooperationen der Initiative aus wirtschaftlichen und inhaltlichen Interessen (Optimierung) zu. Wir sprechen von Kooperationen, wenn die Initiativen in ihrer inhaltlichen Arbeit und aus wirtschaftlichen Gründen zusammenarbeiten. Von Vernetzung sprechen wir nur dann, wenn zu den inhaltlichen und ökonomischen Interessen auch ein politisches Interesse verfolgt wird. Über die langfristige Kooperation mit bestehenden anderen Initiativen bleibt nicht nur ein kontinuierlicher Informationsfluß erhalten, sondern durch Kooperation wird auch die soziale Arbeit verbessert, Ideen vermittelt und die gesamte Arbeit angeregt. Durch die Kooperation einzelner Initiativen kann gespart werden, indem wertvolle Materialien (wie Videogeräte etc.) gemeinsam gekauft und genutzt werden. Auch durch gemeinsam geplante Seminare können Gelder eingespart werden (Referentenhonorare etc.). Viele einzelne Kooperationen stabilisieren zusätzlich den Zusammenhalt und damit die politische Stärke der Initiativen gegenüber der Öffentlichkeit. Die Gründung von Dachverbänden bzw. die Mitgliedschaft in Dachverbänden ist dafür ein Beispiel.

**Förderungsmaßnahme:
politische Lobby
durch Interessenvertretung**

Die hier geforderte Förderungsmaßnahme „politische Lobby durch Interessenvertretung“ macht die Misere freizeitkultureller Arbeit deutlich. Sie muß immer wieder von unten erkämpft werden. Während sich traditionelle Freizeitangebote wie Theater, Kino, Oper usw. langfristig - auch hoch subventioniert - durchsetzen konnten, werden die neuen Freizeitangebote und Bedürfnisse im freizeitkulturellen Bereich kaum beachtet. Eine politische Interessenvertretung der alternativen Freizeitskultur gibt es noch nicht.

Netzwerkgründung

Weit über den Kooperationsgedanken hinaus kann die Zukunft der Selbstorganisation gesichert werden durch die Gründung von Netzwerken. Da dies jedoch politisch noch wenig unterstützt wird, setzt sich diese Idee „Initiativen helfen Initiativen materiell wie immateriell durch Gründung gemeinsamer Fonds“ nicht durch.

Beispiel: Die Netzwerkkidee

Die Netzwerkkidee entstand in den 70er Jahren. Sie bedeutet; Initiativen helfen Initiativen materiell wie immateriell durch finanzielle Subventionen und Informationen. Die Erfahrungen haben aber gezeigt, daß das Konzept der gegenseitigen Unterstützung im ursprünglichen Sinne als „Hilfe zur Selbsthilfe“ nicht den gewünschten Erfolg brachte. Die Probleme lagen vor allem im finanziellen Bereich und waren in den meisten Fällen der Grund für das Scheitern von Netzwerken (z. B. Netzwerk Ostwestfalen). Die aktuelle Diskussion um selbstorganisierte Projekte setzt gegen-

wärtig nicht mehr unmittelbar am Anspruch der „Hilfe zur Selbsthilfe“ an, sondern am Stichwort „Staatsknete“. Steigende Arbeitslosigkeit auf der einen Seite und die Möglichkeit der Schaffung neuer Arbeitsplätze im alternativen Bereich auf der anderen Seite haben zu der Forderung nach staatlicher Finanzierung von Projekten geführt.

Verteilung von Förderung

Mit der Gewährung von Förderung für selbstorganisierte Projekte entstehen neue Probleme: das Problem der Verteilung von Förderung (Projekte der alternativen Ökonomie benötigen meist nur eine Startfinanzierung, sozio-kulturelle Initiativen dagegen eine permanente und langfristige Förderung), das Problem der staatlichen Einflußnahme auf selbstorganisierte Projekte (mit der Annahme von Förderung werden neue Abhängigkeiten befürchtet, ohne staatliche Hilfen dagegen könnten viele Projekte nicht durchgeführt werden, Förderung vom freien Markt könnte u. U. zu schlimmeren Abhängigkeiten führen).

Staatliche Einflußnahme

Netzwerk „Selbsthilfe“ e.V. Berlin

Dieses Netzwerk ist eines der wenigen, die seit Jahren aktiv arbeiten. Dies ist wesentlich darauf zurückzuführen, daß in einem Stadtstaat wie Berlin die Kommunikation zwischen Initiativen, Projekten, dem Netzwerk und Politikern leichter ist als in einem Flächenstaat wie Nordrhein-Westfalen. Unterstützt wird das Netzwerk Berlin von Leuten aus der traditionellen Linken, den Gewerkschaften, der Öko- und Alternativbewegung, von Bürgerinitiativen, der Frauenbewegung, aus Kunst, Wissenschaft und Kirchen. Bis 1980 sind dem Netzwerk ca. 4.500 Mitglieder aus dem Bundesgebiet und West-Berlin beigetreten. Bislang stehen monatlich 45.000,- DM zur Verfügung, um Projekte zu unterstützen. Neben der finanziellen Unterstützung ist ein weiteres wichtiges Ziel die Herstellung von Kontakten und Informationsvermittlung sowie die Organisation von Patenschaften zwischen solchen Projekten, die über ausreichende Mittel verfügen und solchen, die Geld benötigen. Dieses Netzwerk ist ein Beispiel dafür, daß unter bestimmten Bedingungen die Netzwerkkonzepte realisiert werden kann. In Hinblick auf die bisher erzielten Ergebnisse wird von alternativer Seite darauf hingewiesen, daß diese Ergebnisse durch den „politischen Kampf“ der Berliner Szene entstanden sind. Aus Informationen politischer Kreise ist zu entnehmen, daß in Berlin alle politischen Parteien an der Lösung bestimmter Probleme interessiert waren und somit die Ergebnisse möglich gemacht haben.

Perspektive

Für selbstorganisierte Projekte scheinen Netzwerke grundsätzlich wünschenswert. Durch sie können nicht nur konkrete Unterstützungen geleistet werden, sondern vor allem der Aufbau einer politischen Lobby betrieben werden, die in der nötigen Größenordnung von einzelnen Initiativen nicht erreicht werden kann. Initiativenarbeit könnte durch ein Netzwerk, z. B. durch Kooperationspartner, Werbung und Öffentlichkeitsarbeit, maßgeblich unterstützt und erleichtert werden. Die Zunahme des selbstorganisierten Potentials in verschiedenen Bereichen hat fast alle politischen Parteien dazu veranlaßt, Modelle für den Umgang mit der alternativen Szene zu entwickeln, zumal die positive Arbeit sich nicht leugnen läßt. So verfolgt die SPD Ideen im Zusammenhang mit der Tradition von Genossenschaftsmodellen, die CDU entwickelt Gedanken zur staatlichen Unterstützung aus der Idee der Subsidiarität heraus, die Grünen verfolgen Pläne im Hinblick auf Netzwerk oder Öko-Bank.

Erneute Versuche zur Konsolidierung von Projekten in Bielefeld beschränken sich augenblicklich auf die Unterstützung bei der Beantragung von ABM-Stellen und auf Versuche, auf die ABM-Vergabe-Politik Einfluß zu nehmen. Bei allen Finanzierungsdiskussionen sollte aber nicht aus dem Auge verloren werden, daß es darum geht, Arbeitsplätze, die humanere Arbeitsbedingungen umfassen, auf Dauer einzurichten.

Fazit

Selbstorganisation kann über Netzwerke den gegenseitigen Erfahrungsaustausch und damit die Qualität von Selbstorganisation und Freizeitkultur verbessern. Für die Finanzierung bleiben auch Netzwerke auf „Staatsknete“ angewiesen. Für ihre Verteilung können jedoch Netzwerke von großem Nutzen sein.

9. Phase:

Förderung durch Problemlösungsstrategien/pädagogische Beratung bei Krisen

Dauerkrise

Die Krisenphase erscheint als Dauer- oder Existenzkrise. Die Erfahrung und Untersuchung selbstorganisierter Initiativen zeigt, daß in jeder Phase neue - unterschiedlich zu gewichtende - Probleme auftreten und zu phasenspezifischen Krisen führen, die von den Mitarbeitern verstärkt Anstrengungen erfordern. Dieses in jeder Entwicklungsphase angelegte Krisenmoment wird hier als Dauerkrise bezeichnet. Der Begriff „Dauerkrise“ verdeutlicht, daß der Kampf mit Krisen elementarer Bestandteil selbstorganisierter Freizeitkultur ist.

Existenzkrise

Die Existenzkrise wird von der Dauerkrise dadurch unterschieden, daß die Existenz der Freizeitinitiative überhaupt in Frage gestellt wird, weil etwa die ersten Initiatoren aussteigen, oder weil das ursprüngliche Ziel erreicht oder hinfällig wurde, weil die Kontroversen sich häufen, weil die Organisationsform nicht stimmt, weil die Kraft erlahmt, weil keine öffentliche Förderung erreicht wurde o. ä. Diese tiefgreifende Existenzkrise kann an jedem Punkt der Entwicklung einer Freizeitinitiative auftreten, häufig steht sie am Ende. Deshalb wird die Krisenphase an letzter Stelle behandelt.

Förderungsmaßnahme: Problemlösungsstrategien/Beratung

In den jeweiligen Krisen - und insbesondere in der Existenzkrise - braucht die Initiative Hilfe bei der Ermittlung der Ursachen. Freizeitberatungsstellen können beispielsweise Ansprechpartner von außen für diese Problemfelder sein. Je nach Problemlage wären neue Problemlösungsstrategien zu entwickeln und mehrere Förderungsmaßnahmen zur Lösung einzusetzen. Gegebenenfalls ist aber auch die Auflösung der Initiative in Betracht zu ziehen.

Beispiel: Ravensberger Chorgemeinschaft

Im Gegensatz zu den bisher beschriebenen „jungen“ Vereinen neuen Typs gehört die Ravensberger Chorgemeinschaft zu den eher traditionellen Vereinen. Der 1947 gegründete Sängerkreis leidet seit Jahren unter Mitgliederschwund. Trotz Freizeitangeboten, wie z. B. Kegeln, kleinere Feiern, Fahrten etc., die neben dem Singen veranstaltet werden, fühlen sich kaum jüngere Männer angesprochen, sich der Chorgemeinschaft anzuschließen. Vor Jahren unterstützte der DGB als Dachverband den Verein in finanziellen Angelegenheiten. Diese Unterstützung ist eingestellt worden. Durch interne Auseinandersetzungen mit dem Dirigenten reduzierte sich die Chorgemeinschaft auf 18 Mitglieder. Die meisten sind heute älter als 48 Jahre. Versuche, durch öffentliche Veranstaltungen neue Interessenten zu gewinnen, brachten wenig Erfolg.

An diesem Beispiel wird die Dauerkrise eines Vereins deutlich, die sich bis zur Existenzkrise ausweiten kann. Bei einer weiteren Reduzierung der aktiven Mitglieder wird eine Auflösung des Vereins bedacht werden müssen. Solche und ähnliche Krisen sind nicht nur bei älteren, eher traditionellen Vereinen zu beobachten. Auch junge Initiativen, Projekte und Vereine leiden häufig unter Mitarbeitermangel, unter internen Auseinandersetzungen, fehlenden Räumlichkeiten, finanziellen Schwierigkeiten etc. In derartigen Situationen sind unterschiedliche Förderungsmöglichkeiten und Problemlösungsstrategien zu prüfen.

Abbildung 11:

Das Förderungsmodell im Überblick

ENTWICKLUNGSSTUPEIN	ENTWICKLUNGSPHASEN	FÖRDERUNGSMASSNAHMEN	FÖRDERUNGSARTEN
Start: Erprobung von FZK	1. blind area	1. Animation	Freizeitpädagogik: immaterielle Förderung
	2. punktuelle Aktion	2. Öffentlichkeitsarbeit/ bürgerfreundliche Handhabung von Gesetzen	
	3. Initiativentwicklung	3. Freizeitberatung bei Aktionsgestaltung/ Informationen	
Etablierung: Praktizierung von FZK	4. Konsolidierungsphase	4. Räume, Materialien, Sachmittel	Freizeitadministration: materielle Förderung
	5. Institutionalierungsphase	5. Rechts- und Organisationsberatung	
	6. Intensivierungsphase	6. Ehrenamtliche Mitarbeiterwerbung / Finanzierung von a) Projekten b) Stellen	
Ausweitung: Verpflichtung von FZK	7. Differenzierungsphase	7. Aus- und Fortbildung/ inhaltliche und administrative Weiterbildung	Freizeitpolitik: personelle Förderung
	8. Vernetzungsphase	8. Politische Lobby durch Interessenvertretung	
	9. Krisenphase	9. Problemlösungsstrategien / pädagogische Beratung	

7.5 Förderungsarten und Förderungsmaßnahmen

Dem hier erarbeiteten Förderungsmodell liegt eine empirische wie hermeneutische Analyse zugrunde. Die schrittweise Entwicklung selbstorganisierter Initiativenarbeit, angefangen beim Erkennen einer blind area bis zur Vernetzung im und mit dem gesellschaftlichen System, zeigt einen Weg zur Entwicklung selbstorganisierter Freizeitkultur.

Vom „Ist“ zum „Soll“

Die differenzierte Darstellung von „Ist“, dem Entwicklungsstand des Selbstorganisationsprozesses der Gruppe (Entwicklungsphase), und „Soll“, den verschiedenen Förderungsmaßnahmen, ist in ihren Kategorien nicht eindeutig und trennscharf, dennoch umfaßt sie alle möglichen (trennscharfen) Entwicklungsstufen und Förderungsarten. Diese übergeordneten Kategorien wurden bisher nur vorgestellt und sollen im folgenden erläutert werden.

**I. Startstufe: Förderung durch Freizeitpädagogik und Kulturarbeit:
Immaterielle Förderung**

Entwicklungsstufe:
Start = Erprobung von Freizeitkultur

Förderungsart:
immaterielle Förderung

Abbildung 12:

Entwicklungsphasen	Förderungsmaßnahmen
1. blind area	- Animation - Öffentlichkeitsarbeit - Werbung für öffentliche Aktionen - Erfahrungsaustausch
2. punktuelle Aktion	- Information - Freizeitberatung - „Treff“-Möglichkeiten
3. Initiativphase	- Broschüren - Informationsmaterial

Der hier entwickelte Ausschnitt aus Entwicklungsphasen und Förderungsmaßnahmen spiegelt den Bereich des Förderungsmodells wider, in dem die Entwicklung von Selbstorganisation durch immaterielle Förderungsmaßnahmen unterstützt werden kann. Die Darstellung der Prozesse, wie sie in Kap. 7.4 versucht wurde, ermöglicht zwei Erkenntniswege für eine adäquate Förderung von Selbstorganisation.

- Die genauere Beschreibung der Entwicklungsphasen eröffnet dem Förderer die detaillierte Kenntnis über den Stand der Entwicklung.
- Die Zuordnung von Förderungsmaßnahmen leistet den Einblick über notwendige und mögliche konkrete Unterstützungen.

Keine trennscharfen Kriterien

Dennoch darf nicht außer acht gelassen werden, daß es sich bei den hier genannten Zuordnungen nicht um trennscharfe Kriterien handelt. Animation ist immer auch eine Form der Information und umgekehrt. Die Gewichtung einer einzelnen Förderungsmaßnahme muß immer auf dem Hintergrund der jeweiligen Entwicklungsphase neu vorgenommen werden, so erst wird das Förderungsmodell zu einem brauchbaren Instrumentarium.

Bündel von Förderungsmaßnahmen

Für jede Entwicklungsphase trifft demzufolge in der Realität eher ein Bündel von Förderungsmaßnahmen zu, die dann den Verlauf der Selbstorganisation günstig beeinflussen. Da es wichtig ist, die einzelnen Bestandteile eines Förderungsbündels genau zu kennen, um auch das richtige Bündel zusammenzustellen, ist das hier vorgestellte Förderungsmodell so ausführlich erarbeitet. Alle immateriellen Förderungsmaßnahmen stellen zusammen ein Förderungsbündel dar.

Immaterielle Förderung ist der Motor für selbstorganisierte Freizeitkultur

Die drei ersten Entwicklungsphasen beschreiben den Beginn von Selbstorganisation, damit die erste Entwicklungsstufe, den Start. Modelle von selbstorganisierter Freizeitkultur werden erprobt. Die traditionelle Förderungsvergabe orientiert sich fast ausschließlich an den meßbaren Faktoren. Förderung wird danach einseitig reduziert auf Finanzen und Personen. Das hier entwickelte Förderungsmodell klammert in seiner Konzeption die immaterielle Förderung nicht aus, sondern begründet sie als notwendigen Motor, ohne den sich selbstorganisierte Freizeitkultur nicht oder nur ungünstig entwickeln kann. Der Prozeß der Erprobung eines neuen Modells von Freizeitkultur nimmt notwendigerweise bestimmte Zeit in Anspruch. Immaterielle Förderung leistet dazu entscheidende Hilfe.

**II. Etablierungsstufe: Förderung durch Freizeitadministration:
Materielle Förderung**

2. Entwicklungsstufe
Etablierung = Praktizierung von Freizeitkultur

Förderungsart:
materielle Förderung

Abbildung 13:

Entwicklungsphasen	Förderungsmaßnahmen
4. Konsolidierungsphasen	- Sachmittel - Räume - Materialien - Organisationsberatung
5. Institutionalisierungsphase	- Rechtsberatung - Mitarbeiterwerbung
6. Intensivierungsphase	- Projektförderung - Stellen

**Materielle Förderung begünstigt
Selbstorganisationsprozesse**

Die zweite Entwicklungsstufe, die Etablierung und Praktizierung von selbstorganisierter Freizeitkultur, wird wesentlich durch materielle Förderung begünstigt. Begreift man das aktive Engagement der Bürger als einen wünschenswerten Kulturationsprozeß, dessen Praxis die permanente Weiterentwicklung und Ausdifferenzierung jeder Demokratie ist, so gilt es, die diametrale Tendenz von korrigiertem Engagement der Bürger als politische Strategie und praktizierter selbstbestimmter/selbstorganisierter Arbeit in Gruppen aufzuheben.

Das Argument der Mittelleinsparung durch Selbstorganisation versus Professionalität und öffentlicher Förderungsbedürftigkeit ist im Hinblick auf intendierte Ziele und Inhalte von Förderern und zu Fördernden fragwürdig. Materielle wie immaterielle Güter bzw. Werte, die durch den Selbstorganisationsprozeß erlangt werden, müssen gleichberechtigt förderungswürdige Inhalte für gesellschaftsinnovative Förderung sein. Harald Bischoff und Diethelm Damm stellen dazu in ihrem Buch über selbstorganisierte ökonomische Initiativen die Frage: „Wenn sich viele der bisher entstandenen Initiativen trotz bürokratischer Auflagen, rechtlicher Hindernisse, amtlicher Hürden und fehlender Mittel durchzusetzen vermochten, was müßte dann mit forcierter öffentlicher Förderung möglich sein?“ (Damm/Bischoff, 1985, S. 19).

**III. Ausweitungsstufe: Förderung durch Freizeitpolitik:
Personelle Förderung**

3. Entwicklungsstufe - **Förderungsart**
Ausweitung = Veralltäglicung von Freizeitkultur - personelle Förderung

Abbildung 14:

Entwicklungsphasen	Förderungsmaßnahmen
7. Differenzierungsphase	- inhaltliche und administrative Weiterbildung, Aus- und Fortbildung
8. Vernetzungsphase	- Ansprechpartner - politische Lobby durch Interessenvertretung
9. Krisenphase	- Problemlösungsstrategien - Pädagogische Beratung

**Anerkennung
freizeitkultureller Arbeit in der
Öffentlichkeit**

Die dritte Entwicklungsstufe der Ausweitung und Veralltäglicung von Freizeitkultur beschreibt die allgemeine Anerkennung, die das entwickelte Modell der Freizeitkultur in der Öffentlichkeit gefunden hat. Das Modell beginnt sich vom Ursprungsort zu lösen und zu verallgemeinern. Es wird akzeptiertes Element im „neuen Alltag“ der nachindustriellen Gesellschaft.

Neuer gesellschaftlicher Bedarf

Der bisher aufgezeigte Weg von der blind area über die Gründung eines Vereins konnte sich nur auf dem Hintergrund des gesellschaftlichen Bedarfs an sozialer - freizeitkultureller - Arbeit durchsetzen. Wird dieser Bedarf langfristig durch eine nachweisbare Praxis immer wieder neu bestätigt und akzeptiert, so werden von den selbstorganisierten Initiativen und Vereinen Dienstleistungen erbracht, deren gesellschaftlicher Stellenwert durch Arbeitsplätze abzusichern ist. Ihre sozialpolitische Bedeutung gewinnen selbstorganisierte Initiativen vor allem, „weil sie zu einer finanziellen Entlastung der Sozialversicherungssysteme und der kommunalen Haushalte beitragen, indem sie, statt brachliegende Arbeitskraft den sozialen Kontrollinstanzen zu überantworten, eigene positive Lebensentwürfe entwickeln“ (Berger u. a. 1985, S. 13).

Finanzielle Grundlage

Die finanzielle Grundlage für sichere Arbeitsplätze in selbstorganisierten Initiativen ist aufgrund der Klientel und häufig der Arbeit mit sozial benachteiligten Adressaten nicht leistbar. Im Gegensatz zu produktorientierten alternativen Projekten wie Naturkostläden oder Fahrradwerkstätten, stellen selbstorganisierte Initiativen im pädagogischen und freizeitkulturellen Bereich keine marktfähigen Produkte her, über deren Verkauf die Arbeitsplätze gesichert werden könnten. Hier sind die Bürger auf den politischen Willen und dessen gesetzliche Verankerung angewiesen.

**Grenzen zwischen unbezahlter und
bezahlter Dienstleistung**

Die Intensivierungsphase von selbstorganisierten Initiativen bildet die Schnittstelle oder auch Grenze zwischen unbezahlter und bezahlter Dienstleistung. Die Komplexität der zu bewältigenden Alltagsprobleme und Aufgaben ist in der Intensivierungsphase ohne die Regelmäßigkeit durch Professionalisierung kaum noch zu gewährleisten. deshalb gibt es jetzt für die Initiative (oder Verein) nur zwei Alternativen:

- entweder die Initiative begrenzt ihre Aufgabenfelder auf ein überschaubares Maß für sie selbst und die dafür ehrenamtlich zur Verfügung stehende Zeit, oder
- sie braucht die politische Lobby und die Kommune als Förderer für Stellen (z. B. ABM-Stellen) - personelle Förderung.

**Personelle Förderung sichert
freizeitkulturelle Arbeit langfristig**

Mit der zweiten Alternative wird sie im Sinne von Huber zu einem dualen Projekt, denn neben ein oder zwei Personen, die dann Einkommen für ihre Arbeit im Projekt erhalten, wird ein großer Teil der Arbeit weiterhin ehrenamtlich und damit auf unbezahlter Basis erfolgen (vgl. Huber, 1979, S. 112 - 117).

Zu den immateriellen und materiellen Förderungsmaßnahmen, die freizeitkulturelle Selbstorganisation überlebens- und durchsetzungsfähig machen, kommt in oder auch nach der Intensivierungsphase die Förderung durch Stellen hinzu. Es können also innerhalb der Förderungsmaßnahmen drei trennscharfe Förderungsarten unterschieden werden:

- immaterielle Förderung
- materielle Förderung
- personelle Förderung/Förderung durch Stellen.

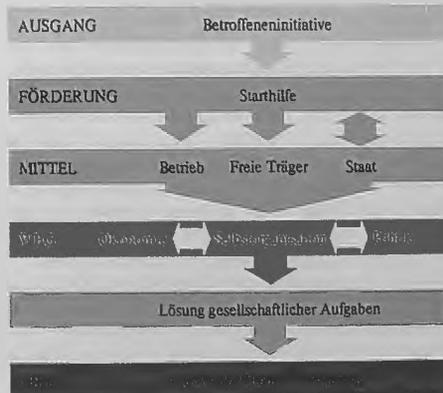
Diese drei Förderungsarten ermöglichen eine effektive Förderung selbstorganisierter Projekte. Am Beispiel des Vereins „Spielen mit Kindern e.V.“ führten alle Förderungsarten durch Absicherung und Stärkung dieses selbstorganisierten Vereins dazu, daß es heute im Innenstadtbereich Bielefelds ein Spielhaus gibt, das von einem hauptamtlichen und vielen ehrenamtlichen Mitarbeitern betrieben wird. Innerhalb von knapp fünf Jahren konnte von diesem Verein ein maßgeblicher Beitrag zur Entwicklung der selbstorganisierten Freizeitkultur im Wohnumfeld geleistet werden. Jährlich werden rund 14.000 Menschen durch den Verein erreicht. Spenden, Mitgliedsbeiträge und die Förderung durch die Kommune bilden den finanziellen Rückhalt dieser Arbeit. Alle drei Förderungsarten bilden die Grundlage für die Weiterentwicklung und Ausweitung von Selbstorganisation im Alltag. Die letzte Entwicklungsstufe „Ausweitung“ bildet also den Hintergrund für langfristige Kontinuität und gesellschaftliche Sicherung von selbstorganisierter Freizeitkultur durch zukunftsorientierte Verankerung im Wohnumfeld aufgrund kultureller Innovation.

7.6 Förderungsaufgaben

**Anspruch:
Demokratie und Lebensqualität**

Selbstorganisation ist damit auf eine langfristige Absicherung ausgerichtet. Gegenwärtig erscheint Selbstorganisation zwar als „missing link“ zwischen beruflicher Tätigkeit in Wirtschaft und Staat zur Bearbeitung gesellschaftlicher Aufgaben. Sie intendiert jedoch zugleich, eine neue Form der Lösung gesellschaftlicher Aufgaben zu werden, mit einem höheren Anspruch an Demokratie und Lebensqualität (Freizeitwert). Deshalb muß Selbstorganisation wie ihre Förderung auf das Ziel einer langfristigen Absicherung ausgerichtet sein. Sie selbst muß also die herrschende Form der Ressourcen-Gewinnung nutzen, um auf Dauer das bestehende Gesellschaftssystem in ein stärker selbstorganisiertes zu verwandeln, das läßt sich am folgenden Modell verdeutlichen:

Abbildung 15:



Die bisherigen Ausführungen zeigen, daß Förderung von staatlicher, marktwirtschaftlicher und privater Seite erfolgen kann:

Staatliche Förderung

Staatliche Förderung kann auf drei Ebenen erfolgen: a) Bund, b) Land, c) Kommune. Der Bund nimmt Einfluß durch Gesetze, Richtlinien und Verordnungen. Die Bundesländer entwickeln ihrerseits Landesgesetze; sie haben darüber hinaus auch die Möglichkeit, in Zusammenarbeit mit den Kommunen, Initiativen, Gruppen und Vereinen durch die Bereitstellung von Arealen. Häusern und Räumen zu fördern (Grundstückserwerb, Instandsetzung und Renovierung von Gebäuden, Umnutzung von Gebäuden etc.). Durch die Abhängigkeit von der Kommune erreicht die Förderung vielfach nicht die Gruppe, die auf die Förderung angewiesen ist.

Die übertriebene Sparsamkeit der Kommunen im sozialen Bereich verhindert die Investitionsbereitschaft des Landes, weil die Kommunen vielfach nicht bereit sind, den gesetzlich festgelegten Eigenanteil zu entrichten. Hier müßte die Möglichkeit der Alleinfinanzierung durch das Land eröffnet werden. Kommunale Förderung kann durch finanzielle, personelle, räumliche und sachliche Unterstützung erfolgen. Außerdem kann die Kommune durch Information, Beratung, Kooperation, Aus- und Weiterbildung die Gruppen vor Ort unterstützen. Von den politischen Entscheidungsträgern und ihrer Bereitschaft, Neues zuzulassen, hängt es ab, ob und wie auch alternative Gruppen unterstützt werden.

Durch staatliche Förderung kann der Einfluß des Staates auf die Initiativen zunehmen, und so verhindern, daß die ursprünglichen Ziele noch weiter verfolgt werden können. Dieses Problem wird unter dem Begriff „Staatsknebelung“ in Initiativen zur Zeit diskutiert. Ein weiteres Problem für Initiativen ist es, über einen unbürokratischen Weg an Förderungsmittel zu gelangen. Der Zeit- und Arbeitsaufwand steht in der Regel in keinem Verhältnis zum Erfolg, so daß viele Initiativen auf Förderungsmittel verzichten.

Marktwirtschaftliche Förderung

Ebenso wie von staatlicher Seite aus ist denkbar, daß die Wirtschaft Initiativen, Gruppen und Vereine unterstützt. Die Förderung erfolgt hier primär über Sach- und Geldspenden, die von der Steuer absetzbar sind. Bei Förderung durch die Wirtschaft besteht in noch größerem Maße als beim Staat die Gefahr, die Unabhängigkeit zu verlieren.

Private Förderung

Jede Initiative ist zunächst aufgrund von individuellem Engagement entstanden. Dieses Engagement erstreckt sich auf ehrenamtliche Mitarbeit, Sach- und Geldspenden, Mitgliedsbeiträge und Ideen. Erfolgreiche Arbeit kann aber nur dann geleistet werden, wenn die Mitarbeiter in irgendeiner Form materiell abgesichert sind, z. B. durch BaföG, Eltern, Beruf, Arbeitslosengeld, Rente etc. Diese selbstorganisierten Gruppen stellen der Gesellschaft Arbeitskraft, Zeit und Geld zur Verfügung, um gesellschaftliche Verbesserungen zu erreichen.

7.7 Zusammenfassung und notwendige Veränderungen

Das bisher skizzierte Förderungsmodell ist im Hinblick auf Förderstruktur, Förderungsarten usw. schrittweise zu präzisieren. Während Selbstorganisation bisher (und mit jeder Initiative neu) vor allem durch private Eigenmittel finanziert wurde, setzt sich immer stärker eine Abstützung durch Mittel von Staat und Markt durch, allerdings bisher auf niedrigstem Niveau. Gesichtspunkte der Lebensqualität der Selbstorganisations-Gruppen werden künftig eine stärkere Bedeutung für Förderung erhalten müssen. Innerhalb des möglichen Förderungsspektrums zwischen Staat und Markt werden die einzelnen Selbstorganisationsgruppen auch unterschiedlich einzuordnen sein. Der Verein „Spielen mit Kindern“ e.V. etwa zielt auf eine weitgehende Förderung durch die Kommune. Der Verein „Reisen und Freizeit mit jungen Leuten“ e.V. wird sich sehr viel stärker auf eine Selbstförderung über den alternativen Markt einstellen müssen.

Progressive Freizeitpolitik

Selbstorganisation als ein dritter Weg für den Umbau der Arbeitsgesellschaft bedarf so privater wie öffentlicher Förderung. Nur auf diese Weise kann Selbstorganisation als ein neuer (zusätzlicher) Faktor im Gesellschaftssystem längerfristig verankert werden. Insbesondere eine neue progressive Freizeitpolitik hat hier die Aufgabe, neue Förderungsmöglichkeiten zu erproben und damit das Gesamtnetz möglicher Förderungen so weiterzuentwickeln, daß Selbstorganisation als eine Innovationskraft für Freizeitkultur eine dauerhafte Wirkung erzielen kann. Den einzelnen Ebenen staatlicher Freizeitpolitik kommt dabei eine unterschiedliche Funktion zu:

Kommune

- In der Kommune ist der freizeitorientierte Umbau der Arbeitsgesellschaft konkret zu vollziehen. Hier setzt Selbstorganisation in den einzelnen Stadtteilen und für die Gesamtgemeinde an. Die Gemeinde hat die langfristige Sicherung der neuen Elemente von Freizeitkultur zu übernehmen, die in Selbstorganisation von Bürgergruppen hervorgebracht werden. Sie hat vor allem für eine Basisabsicherung in Flächen, Räumen, Gebäuden, Sachmitteln, Personalkosten zu sorgen.

Land

- Dem Land obliegt die Kulturhoheit. Im Kulturbereich vollzieht sich symbolisch und konkret ein wesentlicher Teil des Umbauprozesses. Das Land hat hier vor allem Innovationsförderung zu betreiben. Die einzelnen Kommunen sind oft überfordert, größere Freizeitprojekte allein abzuschließen. Auch sind in einzelnen Gemeinden erste Erfahrungen mit neuen Modellen zu gewinnen, bevor sie auf andere Gemeinden übertragen werden können. Umgekehrt sind gute Erfahrungen in einzelnen Gemeinden stärker zu verbreiten. Hier hat das Land die Aufgabe, innovative Modelle zu fördern, für eine ausgewogene Entwicklung in den Kommunen des Landes zu sorgen, die Vernetzung einzelner Initiativen z. B. durch Entwicklung von Dachverbänden zu begünstigen, den Informationsaustausch z. B. durch Tagungen und Publikationen zu garantieren, schließlich die notwendigen Konsequenzen für Aus- und Weiterbildung sowie für Forschung und Lehre mitzutragen.

Bund

- Der Bund hätte innovative Schwerpunkte zu fördern, insgesamt das Land in seinen skizzierten Aufgaben zu unterstützen, für den Austausch zwischen den Ländern zu sorgen und die notwendigen Konsequenzen für die Bundesanstalt für Arbeit und die Arbeitsämter voranzutreiben.

Als notwendige Ergänzung bzw. Veränderung in den bisherigen Förderungsmaßnahmen wird erkennbar:

Neue Ziele

- Die Entwicklung einer selbstorganisierten Freizeitkultur ist im Rahmen des Umbaus der Arbeitsgesellschaft als eine zentrale Aufgabe anzusehen, die von Kommune, Land und Bund gemeinsam mit angemessenen und abgestimmten Mitteln zu fördern ist.
- Die einzelnen von Initiativen begonnenen Umbauprozesse sind als Gesamtprozesse mit der Notwendigkeit einer Gesamtförderung aufzufassen. Die einzelnen Förderungsmaßnahmen müssen daher ineinandergreifen. Für die Umnutzung alter Gebäude für freizeitskulturelle Zwecke entwickeln oft Bürgergruppen die Initiative und die Idee. Sie investieren Zeit, Kraft, Engagement, Know how, Öffentlichkeitsarbeit. Dennoch bedarf es einer Anlauffinanzierung bis zur Antragsreife, z. B. für den Erwerb und Umbau eines Gebäudes. Nach dem Umbau bedarf es häufig einer Zeitspanne von einigen Jahren, bis das neue Stück Freizeitkultur voll von den Kräften einer Kommune in Form von Vereinen, Stiftungen, Spenden, kommunalen Zuschüssen, Planstellen, gesichert werden kann. Der Umbauprozess selbst von der Anlaufphase über die Durchführungsphase bis zur Nachbereitungsphase bedarf jedoch einer Gesamtförderung, die das Land übernehmen müßte. Die isolierte Partiaalförderung könnte hier gefährlich sein. Gebäudekosten plus einem Grundbedarf von Personalkosten sind für den gesamten Zeitraum des Umbauprozesses erforderlich. Die Ansätze für Gesamtförderung wären entsprechend flexibel neu zu definieren.

- Für die Entwicklung und Erprobung neuer Modelle der Freizeitkultur erweist sich die Unterstützung durch Mittel für Stellen als wichtig, die bereits in der Anlaufphase ohne Vorbedingung (z. B. Arbeitslosigkeit) zu gewähren sind und länger als ein Jahr (evtl. mit jährlicher Überprüfung) zur Verfügung stehen müßten. Ein erweiterter Typ von ABM-Stellen erweist sich als notwendig. ABM-Stellen der bisherigen Art erweisen sich als zu wenig dem gesamtgesellschaftlichen Umbauprozess angemessen. Sie sind zu sehr nur auf Arbeitslosigkeit abgestellt und fixieren sie mehr als sie aufzulösen.
- Insgesamt erhebt sich die Frage, ob die Millionenbeträge für ABM-Maßnahmen, Arbeitslosenunterstützung/-hilfe/-geld durch eine konzeptionell neue Orientierung auf den (freizeitorientierten) Umbau der Arbeitsgesellschaft eine stärkere Arbeitswirkung hervorbringen könnten. Diese Gelder würden als Verfügungsmittel für Freizeitinitiativen mehr „neue Zukunft“ erzeugen, neue Arbeitsmittel hervorbringen, und den Umbauprozess der Gesellschaft insgesamt außerordentlich fördern können. Hier wird eine bundesweite Diskussion erforderlich, die einzelne Bundesländer vorantreiben müßten.

8. Literatur

- Agricola, S./Strang, H.: Sozio-kulturelle Arbeit auf dem Prüfstand. In: FZP 3-4/1984. Zeitschrift für kritische Kulturarbeit, Freizeitpolitik und Tourismusforschung. Bielefeld 1985
- Badelt, Christoph: Sozioökonomie der Selbstorganisation. Beispiele zur Bürgerselbsthilfe und ihre wirtschaftliche Bedeutung. Frankfurt/M. 1980
- Berger, Johannes u. a. (Hrsg.): Kongreß Zukunft der Arbeit. Wege aus der Massenarbeitslosigkeit und Umwelzerstörung. Materialien. Bielefeld 1982
- Berger, Johannes/Offe, Claus: Die Zukunft des Arbeitsmarktes. Zur Ergänzungsbedürftigkeit eines versagenden Allokationsprinzips. In: Schmidt, G. u. a. (Hrsg.): Materialien zur Industriosozioogie, Sonderheft 24 der KZfSS, Opladen 1982
- Bermann, M.: Wiederverzauberung der Welt. Am Ende des Newton'schen Zeitalters. 2. Aufl., München 1984 (USA 1981)
- Bischoff, H./Damm, D.: Arbeitsplätze selber schaffen, finanzieren und behalten. München 1985
- Brand, Karl-Werner/Büsser, Detlef/Rucht, Dieter: Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik. Frankfurt/M. 1983, 1984²
- Brombach, Hartmut: Soziokulturelle Initiativen im Bereich der wohnumfeldbezogenen Freizeitgestaltung. Bestandsaufnahme. Eine Untersuchung der Stiftung Die Mitarbeit, Bonn 1985
- Capra, Fritjof: Wendezeit - Bausteine für ein neues Weltbild. Bern 1983²
- Dewe, Bernd/Frank, Günter: Kulturarbeit = Krise der Kultur oder Kultur der Krise? In: Kübler, Hans-Dieter (Hrsg.): Jenseits von Orwell. Frankfurt/M. 1984
- Ferguson, M.: Die sanfte Verschwörung. Persönliche und gesellschaftliche Transformation im Zeitalter des Wassermanns. Basel 1982 (Los Angeles 1980)
- Goetz, André: das Ende der Vollbeschäftigung. In: Technologie und Politik. Heft 15, 1980, S. 8-28
- Ders.: Abschied vom Proletariat. Jenseits des Sozialismus. Frankfurt/M. 1980, 1981²
- Ders.: Wege ins Paradies. Thesen zur Krise, Automation und Zukunft der Arbeit. Berlin 1983
- Guggenberger, B.: Bürgerinitiativen in der Parteiendemokratie: Von der Ökologiebewegung zur Umwelpartei. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1980
- Habermas, Jürgen: Soziologische Notizen zum Verhältnis von Arbeit und Freizeit. In: Ders.: Arbeit - Erkenntnis - Fortschritt. Amsterdam 1970
- Ders.: Bemerkungen zu einer Theorie der kommunikativen Kompetenz. In: Habermas, Lükmann: Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie - Was leistet die Systemforschung? Frankfurt/M. 1971
- Ders.: Technik und Wissenschaft als „Ideologie“. Frankfurt/M. 1973⁴
- Ders.: (Hrsg.): Stichworte zur geistigen Situation der Zeit. Bd. 2: Politik und Kultur. Frankfurt/M. 1979
- Ders.: Theorie des kommunikativen Handelns. Bd. 2, Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft, Frankfurt/M. 1981
- Heinze, R. G./Olk, Thomas: Arbeitsgesellschaft in der Krise - Chance für den informellen Sektor? Referat auf dem Österreichischen Soziologentag in Graz: Zukunft der Arbeit - arbeitslose Zukunft? vom 23.-25. Oktober 1981
- Dies.: der informelle Sektor. Wiederentdeckung eines „vergessenen“ Wirtschaftsbereichs. In: gdi impuls, 4/1982, S. 35-42
- Hertel, K./Tiedt, F.: Förderung von Selbsthilfe- und Alternativprojekten im Sozial- und Gesundheitsbereich. Modellkonzept. München 1984

- Hoffmann, Hilmar: Kultur für alle. Perspektiven und Modelle. Erweiterte und aktualisierte Ausgabe. Frankfurt/M. 1981
- Ders.: Kultur für morgen. Ein Beitrag zur Lösung der Zukunftsprobleme. Frankfurt/M. 1985
- Huber, Joseph (Hrsg.): Anders arbeiten - anders wirtschaften. Dualwirtschaft: Nicht jede Arbeit muß ein Job sein. Frankfurt/M. 1979
- Ders.: Wer soll das alles ändern? Die Alternativen der Alternativbewegung. Berlin 1980, 1981
- Ders.: Die verlorene Unschuld der Ökologie. Frankfurt/M. 1982
- Ders.: Die 2 Gesichter der Arbeit. Ungenutzte Möglichkeiten der Dualwirtschaft. Frankfurt/M. 1984
- Hübner, Irene: Kulturzentren. Gesellschaftliche Ursachen, empirische Befunde, Perspektiven soziokultureller Zentren. Weinheim und Basel 1981
- Ismayr, W.: Perspektiven einer kulturellen Demokratie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B. 40/79
- Ders.: Kulturförderung zwischen Neuorientierung und Sparzwängen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B. 27/84
- Jantsch, E.: Die Selbstorganisation des Universums. Vom Urknall zum menschlichen Geist. München 1984¹
- Laufner, Richard: Am Fuß der blauen Berge. Kulturpolitik, Stadtentwicklung und Alternativkultur - am Beispiel Marburg. Marburg 1982
- Maase, Kaspar: Gewerkschaftliche Kulturarbeit. Selbstverständnis - Praxisberichte - Perspektiven. In: Massen, Kultur, Politik. Berlin 1978
- Ders.: Freizeit- und Kulturtheorie. In: Freizeitpädagogik 2/81. Frankfurt/M. 1981
- Mayer-Tasch, P. C.: Die Bürgerinitiativbewegung. Der aktive Bürger als rechts- und politikwissenschaftliches Problem. Reinbek b. Hamburg 1976
- Meadows, Dennis: Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Stuttgart 1972
- Minister für Landes- und Stadtentwicklung des Landes NRW (Hrsg.): Arbeitsfreie Zeit und Folgerungen für Freizeitpolitik. 1. Freizeitbericht der Landesregierung NRW. Düsseldorf 1983
- Mitterand, F.: Sozialistische Kulturpolitik in Europa. In: Friedrich, B. (Hrsg.): Kulturelle Demokratie. Bonn 1979
- Nahrstedt, Wolfgang: Die Entstehung der Freizeit. Göttingen 1972
- Ders.: Aufgaben der Freizeitpolitik unter futurologischem Aspekt. In: Nahrstedt, W.: Freizeitpädagogik in der nachindustriellen Gesellschaft, Bd. II, S. 3-62, Neuwied 1974
- Ders.: Freizeitberatung - Animation zur Emanzipation. Göttingen 1975
- Ders.: Der Kampf um Freizeit. In: Schilling, Heinz (Hrsg.): Aspekte der Freizeit, S. 7-19. Gießen 1978
- Ders.: Mehr Demokratie durch Animation? Zur Krise des „Freizeitwerts“. In: Nat.-Schweiz. Unesco-Kommission/ELRA: Animation, S. 9-53. Zürich 1978
- Ders.: Animation im Wohnumfeld. In: Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk (Hrsg.): Freizeit '78, S. 140-154. Essen 1978
- Ders.: Über die „Freizeitgesellschaft“ zu einer „freien Gesellschaft“? Grundlagen für eine neue Gesellschaftstheorie - Zur Kritik eines forschungsrelevanten Tabus. In: Herausbergergruppe „Freizeit“: Freizeit in der Kritik. Alternative Konzepte zur Freizeit- und Kulturpolitik. Köln 1980
- Naisbitt, J.: Megatrends. 10 Perspektiven, die unser Leben verändern werden. 2. Aufl. Bayreuth 1984 (New York 1982)

Negt, Oskar: Lebendige Arbeit, enteignete Zeit. Politische und kulturelle Dimensionen des Kampfes um die Arbeitszeit. Frankfurt/M. 1984

Offe, Claus: „Arbeitsgesellschaft“: Strukturprobleme und Zukunftsperspektiven. Frankfurt/M. 1984

Opaschowski, Horst W.: Szenario '85 - Ein Alternativmodell zur „Freizeit“-Gesellschaft der Zukunft. In: Opaschowski, H. W.: Pädagogik der Freizeit, S. 255-271. Bad Heilbrunn 1976

Ders.: Ohne Arbeit und Freizeit leben. In: Animation, 3, H. 1, S. 2-4. 1982

Ders.: Arbeit, Freizeit, Lebenssinn. Orientierungen für eine Zukunft, die längst begonnen hat. Opladen 1983

Romeiß-Stracke, F.: Freizeitorientierte Wohnumfeldverbesserung und lokale Identität. In: Minister für Landes- und Stadtentwicklung NRW (Hrsg.): Handlungsfeld Freizeit. Düsseldorf 1984

Schaff, Adam: Wohin führt der Weg? Die gesellschaftlichen Folgen der zweiten industriellen Revolution. Information Series Club of Rome. 1985

Spretnak, Charlene: Die Grünen. München 1985

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

BH 1037



• BH 1037 •

